

Jahrgang VII Nr. 8
 2. Aprilheft 1908

# Der Heimatsdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

**Aus dem Inhalt:** Der endgültige Reichshaushaltsplan 1927. Von Dr. W. Spielhagen, Regierungsrat. — Die Übergangsregelung des Finanzangelegnisses. Von Regierungsrat Dr. Witte. — Über Einheit und Mannfaltigkeit in der „Kulturpolitik“. Von Th. Benf.

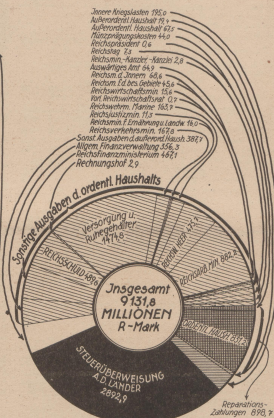
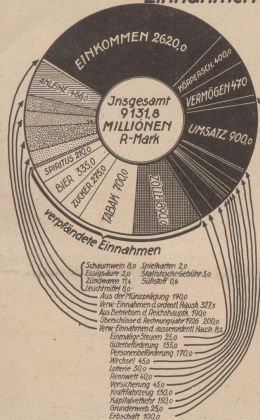
In Kommission:  
Zentralverlag <sup>5. m.</sup> b. h., Berlin W 35  
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen

# Das Geld des Reiches

## Woher?

## Einnahmen

## Wohin?



## Ausgaben

# Der endgültige Reichshaushaltsplan 1927.

Von Dr. W. Spielhagen, Regierungsrat im Reichsfinanzministerium.

Der endgültige Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927, der am 6. April vom Reichstag in dritter Lesung verabschiedet wurde, weist sehr erhebliche Veränderungen gegenüber dem Regierungsentwurf auf. Heftige parlamentarische Kämpfe haben sein Gesamtbild stark verändert, der Niederschlag dieser Veränderungen im einzelnen findet sich in den Einzelplänen. Da im Reichsgesetzblatt nur das Haushaltsgesetz und der Gesamtplan veröffentlicht wurden, macht sich der schon oft beklagte Unterschied diesmal wieder besonders bemerkbar, daß es für den Außenstehenden ja fast unmöglich ist, einen genauen Überblick über die endgültige Gestaltung des Reichshaushaltsplans im einzelnen zu gewinnen.

Der ordentliche Haushalt ist in Einnahme und Ausgabe um je 667,3 Millionen RM. gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf erhöht worden, die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts und dementsprechend der Anleihebedarf wurden um 61,9 Millionen RM. vermindert. Der endgültige Reichshaushaltsplan schließt also mit 9131,9 (im Entwurf: 8526,5) Millionen RM., wovon 8657,3 (7990,0) Millionen RM. auf den ordentlichen und 474,6 (556,5) Millionen RM. auf den außerordentlichen Haushalt entfallen.

Wie diese Zahlen sich zu dem Gesamtschluß des abgelaufenen Rechnungsjahres verhalten, ergibt folgende Gegenüberstellung (in Millionen Reichsmark):

	Haushalt		Mithin für 1927	
	1926	1927	mehr	weniger
Ordentliche Einnahmen	7 685,2	8 657,3	972,1	—
Zußerordentliche Einnahmen	846,7	474,6	—	372,1
Gesamteinnahmen	8 531,9	9 131,9	600,0	
Ordentliche Ausgaben	7 685,2	8 657,3	972,1	—
Zußerordentliche Ausgaben	846,7	474,6	—	372,1
Gesamtausgaben	8 531,9	9 131,9	600,0	

Das endgültige Ergebnis wird den fernsten Stehenden einigermaßen überraschen, hatte doch die Reichsregierung noch bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs an den Reichstag um die Jahreswende erklärt, daß die vom Reichsrat verlangten Erhöhungen im ordentlichen Haushalt um deffizienten nicht erfüllbar seien, weil die Einnahmeschätzungen im Regierungsentwurf bereits so günstig wie möglich vorgenommen seien. Unzweifelhaft sollen die Länder bei der Neuregelung des vorläufigen Finanzausgleichs mit Wirkung vom 1. April 1927 aber nicht nur mehr an Steuerüberweisungen erhalten, als der Reichsrat selbst am Ende vorigen Jahres gegen den damaligen Willen der Reichsregierung zu erreichen versucht hatte; außer diesen 248 Millionen RM. mehr an Überweisungen an die Länder sieht der endgültige Haushaltsplan noch weitere 419,5 Millionen RM. an sonstigen Ausgabeerhöhungen vor, die aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden sollen. Wie ist diese Wandlung zu erklären, und mit welchen Mitteln ist die Balancierung des ordentlichen Haushalts dennoch durchgeführt worden?

Die Einnahmeverbesserung im ordentlichen Haushalt setzt sich aus folgenden vier Posten zusammen:

Millionen Reichsmark

Ordentlicher Haushalt	Entwurf 1927	Haushalt 1927	Erhöhung um
1. Ertragssteigerung			
a) aus der Einkommensteuer	2 400,0	2 620,0	220,0
b) aus der Körperschaftsteuer	350,0	400,0	50,0
2. Verwaltungseinnahmen	320,0	327,3	7,3
3. Einstellung von Überschüssen des Rechnungsjahres 1926	—	200,0	200,0
4. Einstellung aus der Betriebsmittelrücklage der Reichshauptkasse	—	190,0	190,0
Zusammen	3 070,0	3 737,3	667,3

Einnahmevermindierungen hat der Reichstag gegenüber dem Regierungsentwurf nicht vorgenommen, ein Zeichen dafür, daß die Einnahmeschätzungen der Reichsregierung jedenfalls nirgends zu hoch erschienen. Die Einnahmeerhöhungen beruhen, wenn man von den verhältnismäßig unbedeutenden Erhöhung gewisser Verwaltungseinnahmen abseht, auf zwei verschiedenen Grundgedanken.

Einerseits ist der Ertrag der Einkommen- und der Körperschaftsteuer wesentlich höher geschätzt worden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß das Aufkommen dieser beiden Steuerarten besonders in den letzten Monaten ein über Erwarten günstiges gewesen ist, und daß man daraus und aus einer sehr optimistischen Einstellung für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Jahre den Schluß gezogen hat, daß sich der Ertrag dieser Steuern in einer fast selbsten Richtigen bewegen werde. Jeder Deutsche wird nur hoffen können, daß die in diesen Zahlen ausgesprochenen weitgepannten Erwartungen der deutschen Wirtschaftsentwicklung sich erfüllen mögen. Der starke Unterschied der Schätzung um fast 10 v. H. läßt aber die Beforgnis nicht ganz ausschalten, daß auch ungünstige Momente eintreten können, die den Ertrag des gesamten Steueraufkommens und insbesondere auch denjenigen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer hinter den Haushaltsanschlägen zurückbleiben lassen. Das für und Wider, das die Steuerschätzungen der Reichsregierung, des Reichsrats und des Reichstags in den parlamentarischen Körperschaften und in der Öffentlichkeit begleitet hat, beweist aufs neue, auf einer wie schwanken den Grundlage letzten Endes die Spitzenbeträge jedes Haushalts ausbalanciert werden müssen. Vorgegenwärtig man sich die unerquickliche Folgen, die sich aus einer erheblichen Fehlschätzung nach der einen oder anderen Seite hin ergeben können, so erkennt man, eine wie große Verantwortung gerade die Entscheidung über die Schätzung der Steueraufkommen in sich schließt und daß es zu dieser Entscheidung eines hohen Maßes wirtschafts- und staatspolitischer Einsicht bedarf.

Andererseits beweist die Einstellung der Überschüsse des Rechnungsjahres 1926 und eines erheblichen Teils der Betriebsmittelrücklage der Reichshauptkasse, daß man um der Wichtigkeit der Ausgabeerhöhungen willen die letzten Reserven der Reichsfinanzen heranzieht. Wie ungewöhnlich und einschneidend diese Maßnahme ist, zeigt folgende Abiegung: Nach § 75 der Reichshaushaltsordnung sind Überschüsse des ordentlichen Haushalts zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung zu verwenden. Es hat also einer ausdrücklichen Bestimmung in den neu eingefügten § 2a des Haushaltsgesetzes bedurft, um die erwarteten Überschüsse zur Deckung der ordentlichen Ausgaben des Haushalts 1927 heranzuziehen. Die Verwendung eines Teils der Betriebsmittelrücklagen der Reichshauptkasse ist ebenfalls eine außergewöhnliche Maßnahme, die nur durch die Dringlichkeit der Ausgabeerhöhungen gerechtfertigt werden kann. Da das Reich über Betriebsmittel in einer gewissen Höhe verfügen muß, so wird es seine Betriebsmittel auf Grund des § 2 des Haushaltsgesetzes durch Ausgabe von Schatzanweisungen in der erforderlichen Höhe verpfänden müssen. Der geforderte Höchstbetrag für einen solchen Kredit beträgt 400 Millionen RM. Das Reich wird also unter Umständen, falls es geliebener statt eigener Betriebsmittel benötigt, gezwungen sein, hierfür Zinsen aus Reichsmitteln zu zahlen.

Betrachtet man das Verhältnis der ordentlichen Ausgaben des Haushalts zu denjenigen des Entwurfs, so ergibt sich, daß einer Ausgabenerhöhung von etwa 1 v. H. eine Ausgabeerhöhung von fast 10 v. H. gegenübersteht. Die wesentlichen Ausgabeerhöhungen sind folgende:

Millionen RM.

A. Ordentlicher Haushalt.

Einnahmen

Millionen Reichsmark

Haushalt des Arbeitsministeriums (produktive Erwerbslosenfürsorge)	50
Haushalt des Reichswehrministeriums:	
a) Heer	5,3
b) Marine	1,2
Haushalt der Allgem. Finanzverwaltung	5,3

Die wichtigsten Ausgabeleistungen gegenüber dem Regierungsentwurf nebst seinen zwei Ergänzungen, in denen u. a. 1,5 Millionen RM. als Beitrag Deutschlands an den Völkerverbund erscheinen, sind folgende:

Millionen RM.

Erhöhung der Steuerüberweisungen an die Länder um	248
Erhöhung der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge um	250
Erhöhung für Zwecke der Invalidenversicherung um	82
Erhöhung der Mittel für Grenzfürsorge um	40
Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses aus Anlaß der Steigerung der Friedensmiete	60
Kleinentrentnerfürsorge	25
Erhöhung der Versorgungsgeldbeiträge Schwer- kriegsbeschädigter und zur Heilbehandlung	9
Kinderspeisung	4
Kulturelle Zwecke	2

In dieser Steigerung der ordentlichen Ausgaben um insgesamt 667,3 Millionen RM. ist noch keine Erhöhung der Mittel für die Liquidationsgeschädigten enthalten. Auch ist für die etwaigen Kosten der angekündigten Besoldungsneuregelung und der Kriegsbeschädigtenrenten, die Hand in Hand damit erhöht zu werden pflegen, nichts veranschlagt. Die Erhöhung der Überweisungen an die Länder, die vom Reich den Ländern neu garantierten Summen und die übrigen mit der Neuregelung des vorläufigen Finanzausgleichs zusammenhängenden Fragen werden an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich dargelegt. Die erhöhten Mittel für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge werden nur dann ausreichen, wenn die endgültige Regelung der Erwerbslosenversicherung bis spätestens zum 1. Oktober dieses Jahres erfolgt. Die Streichung der Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge im ordentlichen Haushalt ist darauf zurückzuführen, daß noch genügend Mittel aus dem Rechnungsjahr 1926 vorhanden sind, die zusammen mit den im außerordentlichen Haushalt neu bewilligten 130 Millionen RM. voraussichtlich für diesen Zweck genügen werden.

Die Ausgabeleistungen im außerordentlichen Haushalt betreffen folgende Posten:

Millionen RM.

Kürzung der Kanalbauvorhaben und der Beteiligung an Verkehrsgesellschaften	55,7
Verweisung eines Betrages für Schiffsbauten auf den ordentl. Haushalt	1,2
Streichung des Betriebsmittelfonds für die Weinmonopolverwaltung	25,0
Summe	61,9

Ungeachtet der erneuten, wenn auch wesentlich verminderten Kästen im außerordentlichen Haushalt darf daran erinnert werden, daß außer der kürzlich aufgenommenen Reichsanleihe im Gegenwert von fast einer halben Milliarde zur Deduktion der bisherigen Ausgabenbewilligungen nummehr noch fast eine Milliarde erforderlich ist. Zur Tilgung und Verzinsung der bestehenden Reichsanleihen muß schon jetzt ein wesentlich höherer Betrag aufgebracht werden als für die gleiche Zwecke im letzten Vorkriegsjahre. Die Bedingungen, unter denen die große Summe der bisherigen Anleiheermächtigungen unterbreitet werden kann, hängt von der Zahlungsfähigkeit und der Lage des Anleiheamarktes ab. Bei der Übernahme neuer Kästen auf Anleiheinstrumente in der Zukunft wird größte Zurückhaltung geboten sein.

Stellt man die Einnahmen und Ausgaben des Reichs nach dem Reichshaushalt für 1927 gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

	Millionen Reichsmark
1. Einkommensteuer	2620,0
2. Körperschaftsteuer	400,0
3. Vermögensteuer	370,0
4. Erbschaftsteuer	100,0
5. Umsatzsteuer	900,0
6. Grunderwerbsteuer	25,0
7. Kapitalverkehrssteuer	150,0
8. Kraftfahrzeugsteuer	150,0
9. Verschönerungssteuer	45,0
10. Rennwettsteuer	40,0
11. Kottiersteuer	30,0
12. Wechselsteuer	45,0
13. Personenbeförderung	170,0
14. Güterbeförderung	155,0
15. Steuer zum Geldentwertungsausgleich	25,0
16. Zölle	890,0
17. Tabaksteuer	700,0
18. Zuckersteuer	275,0
19. Biersteuer	355,0
20. Spiritusmonopol	210,0
21. Schaumweinsteuer	8,0
22. Eijaksteuer	2,0
23. Grundmehrentsteuer	11,4
24. Kuchenteuer	8,0
25. Spielartensteuer	2,0
26. Staatliche Gebühr	5,0
27. Süßholzersteuer	0,6
28. Aus der Mänspragung	190,0
29. Verwaltungseinnahmen	327,3
30. Aus der Rücklage zur Verpflegung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse	190,0
31. Aus Überschüssen des Rechnungsjahres 1926	200,0
Summe der ordentlichen Einnahmen	8657,3

Ausgaben

Millionen Reichsmark

I. Reparationszahlungen	
1. Aus der Verschönerungssteuer	301,7
2. Haushaltsabgaben	357,3
3. Anfallige Haushaltsabgabe	192,0
II. Unmittelbare innere Kriegslasten	
4. Kriegsbeschädigtenrenten	1117,5
5. Kriegsmilitärpensionen	159,0
6. Kriegspersonenentnahmen	2,5
7. Innere Kriegslasten (Kriegslastenhaushalt)	175,4
8. Grenzfürsorge (A.-M. f. d. bef. Geb. u. A.-M. d. J.)	62,2
III. Überweisungen an die Länder	
9. Steuerüberweisungen	2892,9
10. Schulpolizeiaufschuß	190,0
IV. Soziale Zwecke	
11. Unterstützende Erwerbslosenfürsorge	450,0
12. Für Zwecke der Invalidenversicherung	321,8
13. Vertrieb von Verschönerungsmitteln	16,3
14. Wohnungssie	25,0
15. Kleinentrentnerfürsorge	25,0
16. Wohlfahrtsrenten	10,0
17. Förderung der Wohlfahrtspflege (allgem. öffentl. Dienst)	4,0
18. Kinderspeisung	4,0
19. Unterstützung für das Personal früherer Heeresbetriebe	15,3
20. Beihilfen für Kriegsteilnehmer (1864—1871)	22,2
V. Kulturelle Zwecke	
21. Reichsministerium des Innern (einmalig) (fortdauernd)	9,7
22. Auswärtiges Amt und Ernährungsministerium	11,3
VI. Reichsschulden	
23. Verzinsung der Reichsschuld	48,0
24. Tilgung	74,0
25. Ablösung der Markanleihen	356,8
26. Garantiefall	15,0
VII. Beförderungen	
27. Zivilbeförderung	324,1
28. Militärbeförderung	142,9
29. Unterstützungen und Wohnungsbefürsorge	15,8
30. Mehrbedarf für Wohnungsgeldberhöhung	60,0
Zu übertragen	7597,3

VIII. Pensionen.	Mill. RM.	Übertag
31. Zivildpensionen.	89,4	
32. Militärdpensionen (Reichswehr)	48,4	
33. (Vorfrühsheer)	50,8	
34. Militärenten (Vorfrühsheer)	10,2	198,8
IX. Sachliche Verwaltungsausgaben.		
35. Kandesfinanzämter: fortdauernd	61,9	
einmalig (Bauten u. a.)	26,4	
für Mitwirkung bei der Verwaltung der Reichsabgaben an die Länder	10,5	
36. Verordnungsdiensstellen.	16,7	
37. Heer und Marine: fortdauernd	386,9	
einmalig	69,0	
38. Fuß- und Kraftfahrwesen: fortdauernd	16,6	
einmalig	28,7	
39. Wasserstraßen: fortdauernd	44,3	
einmalig	56,4	
an die Länder	10,8	
40. Postgebührenablässe	12,0	
41. Münzprägung.	44,0	764,2
X. Sonstige Ausgaben der Reichsbehörden.	96,8	
Summe der ordentlichen Ausgaben	8657,3	

## B. Außerordentlicher Haushalt.

Einnahmen.		Mill. RM.
1. Verwaltungseinnahmen		8,2
2. Anleihe		466,4
Summe der außerordentlichen Einnahmen		474,6
Gesamtsumme		9 131,9
Ausgaben.		Mill. RM.
1. Reparationsleistungen		67,5
2. Innere Kriegslasten		19,4
3. Reichsarbeitsministerium		195,0
4. Heer und Marine		60,6
5. Reichsverkehrsministerium		82,1
6. Reichsschuld		5,0
7. Reichsfinanzministerium		2,5
8. Allgemeine Finanzverwaltung		42,5
Summe der außerordentlichen Ausgaben		474,6
Gesamtsumme		9 131,9

# Die Übergangsregelung des Finanzausgleichs.

Von Regierungsrat Dr. Witte.

## I. Notwendigkeit einer Zwischenlösung.

Im Rahmen der großen Steuerreform vom Sommer 1925 hatte die Frage des Finanzausgleichs, d. h. die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, nur eine vorläufige Lösung gefunden, die im Gesetz über Änderungen des Finanzausgleichs selbst am 1. April 1927 befristet war. Bis zu diesem Zeitpunkt hätte also die provisorische Lösung durch eine endgültige ersetzt werden müssen. Aus einer Reihe von Gründen ist es nicht möglich gewesen, diese Frist einzuhalten und schon jetzt die endgültige Regelung dieser Grundfrage der deutschen Finanzpolitik vorzunehmen. Diese Gründe sind zum Teil äußerer Natur: die Vorbereitung und Durcharbeitung der statistischen Unterlagen über die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden, über die Ergebnisse der ersten Veranlagung zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer und über die erste Feststellung der Einheitswerte, die dem Gesetzgeber selbst als unentbehrliche Grundlage im Gesetz angefordert waren, hatte längere Zeit erfordert, als ursprünglich vorausgesehen war. Die Verwaltung war durch die Aufgaben, die die Durchführung der umfangreichen Steuerreformgebung des Sommers 1925, insbesondere die Feststellung der Einheitswerte und die Veranlagung der Steuern, die auf diesen Werten aufbauen, ihr stellen, sehr stark in Anspruch genommen. Eine weitere Belastung, wie sie eine Änderung des Finanzausgleichs und insbesondere die in Aussicht genommene Ermächtigung an Länder und Gemeinden zur selbständigen Anteilfestsetzung an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer unermesslich mit sich gebracht hätte, war daher zur Zeit nicht tragbar. Aber auch tieferliegende Gründe sprachen dafür, die endgültige Lösung der Frage noch zu vertagen. Die Krisis der deutschen Wirtschaft, die sich besonders stark bei der deutschen Landwirtschaft auswirkt, ist noch keineswegs überwunden. Ein Überblick darüber, wie sich Steuerkraft und Steuerbedarf in den einzelnen Teilen des Deutschen Reichs unter normalen Verhältnissen gestalten werden, läßt sich daher zur Zeit noch nicht gewinnen. Die Anpassung der Staatswirtschaft und der Privatwirtschaft an die Kosten, die der verlorene Krieg dem Reich und mit ihm Ländern und Gemeinden auferlegt hat, und die mit Notwendigkeit zu der Forderung steigender „Rationalisierung“ der Wirtschaft sowohl von der Verwaltung selbst, ist noch im Gange. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die endgültige Regelung des Finanzausgleichs wesentlich von der Entwicklung der Hauszinssteuer abhängt, vor allem von der zur Zeit noch nicht zu entscheidenden Frage, ob diese Steuer dauernder Bestandteil des deutschen Steuerrechts bleiben soll.

## II. Grundzüge der Regelung durch das Gesetz vom 9. April 1927.

Durch das Gesetz zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 9. April 1927 ist die bisherige Regelung des Finanzausgleichs grundsätzlich auf zwei Jahre, bis zum 31. März 1929, verlängert worden. Die wesentlichen Vorschriften dieses Gesetzes seien im folgenden kurz dargestellt:

## 1. Beteiligung der Länder und Gemeinden an Reichsteuern.

Die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Reichsteuern bleibt in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten. Die Länder und Gemeinden erhalten also weiterhin

von der Einkommensteuer	75 v. H.
von der Körperschaftsteuer	75 v. H.
von der Umsatzsteuer	30 v. H.

Die Erträge der Grunderwerbsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Rennwettsteuer fließen ihnen ganz zu nach Abzug von 4 v. H. des Aufkommens, die das Reich zur Abgeltung seiner Verwaltungskosten einbehält.

### a) Erhöhung der Garantie.

Das Gesetz über Änderung des Finanzausgleichs vom 10. August 1925 hatte den Ländern für sich und ihre Gemeinden aus den drei ersten genannten Überweisungssteuern einen Mindestertrag von insgesamt 2,1 Milliarden garantiert. Hierzu trat noch eine Sondergarantie für die Umsatzsteuer, nach der die Länder an Überweisungen aus der Umsatzsteuer allein im Rechnungsjahr 1925 mindestens 412,5 Millionen, im Rechnungsjahr 1926 mindestens 450 Millionen zu erhalten hatten. Durch das Gesetz vom 9. April 1927 wird die Garantie für Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für die Rechnungsjahre 1927 und 1928 auf insgesamt je 2,6 Milliarden erhöht. Die Sondergarantie für die Umsatzsteuer fällt fort. Das Reich muß also in den Rechnungsjahren 1927 und 1928, wenn die Anteile der Länder und Gemeinden an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer weniger ergeben als 2,6 Milliarden, die fehlenden Beträge aus anderen Mitteln des Reichshaushalts ergänzen. Nach den neuesten Schätzungen des Aufkommens an Reichsteuern wird damit gerechnet, daß der dem Reich zur Erfüllung der Garantie zuzuführende Betrag nicht mehr als 65 Millionen RM. betragen wird.

### b) Beteiligung der süddeutschen Länder an der Biersteuer.

Durch ein besonderes Gesetz, das der Reichstag gleichzeitig mit dem Gesetz zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs verabschiedet hat, werden die Überweisungen, die den süddeutschen Ländern nach dem Gesetz über den Eintritt der Länder Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft zufließen, wie folgt erhöht: für Württemberg von 3 500 000 auf 8 655 000 RM., für Bayern von 17 200 000 auf 45 000 000 RM. und für Baden von 2 200 000 auf 5 735 000 RM.

### c) Grunderwerbsteuer.

Zu der Grunderwerbsteuer des Reiches erheben die Länder und Gemeinden Zuschläge, die bisher höchstens 2 v. H., wenn eine Wertungszuschlagsteuer nicht erhoben wird, höchstens 4 v. H., des steuerpflichtigen Wertes betragen durften. Vom 1. April ab fällt die letztere Möglichkeit fort, so daß also auch dann, wenn eine Wertungszuschlagsteuer nicht erhoben wird, der Zuschlag 2 v. H. nicht übersteigen darf.



## 2. Besondere Berücksichtigung leistungsschwacher Gebiete.

### a) Verteilung nach dem Umsatzeuerschlüssel.

Zus dem Aufkommen an Einkommen-, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer soll für die Rechnungsjahre 1927 und 1928 je ein Betrag von 450 Millionen RM. nach den Vorschriften über die Verteilung der Umsatzeuer verteilt werden. Das bedeutet, da die 30 v. H., die den Ländern und Gemeinden von dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer zusteht, die Summe von 450 Millionen RM. zweifelslos nicht erreichen werden, daß auch ein Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht nach dem sonst für die Verteilung von Einkommen- und Körperschaftsteuer maßgeblichen Schlüssel, sondern nach dem Schlüssel, der die Verteilung der Umsatzsteuer bestimmt, verteilt werden soll. Einkommen- und Körperschaftsteuer werden sonst nach dem örtlichen Aufkommen, die Umsatzsteuer zu zwei Dritteln nach der Bevölkerungszahl, zu einem Drittel nach dem örtlichen Aufkommen verteilt. Dadurch, daß auch ein Teil der Überweisungen aus Einkommensteuer und Körperschaftsteuer unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl verteilt wird, soll den Bedürfnissen der schwachen — namentlich agrarischen — Länder Rechnung getragen werden.

### b) Verlängerung des § 35.

Im gleichen Sinne wirkt die Verlängerung der Geltungsdauer des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes, nach dem für den Fall, daß der Anteil eines Landes an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, auf den Kopf seiner Bevölkerung berechnet, in einem Rechnungsjahre um mehr als 20 v. H. hinter dem Durchschnittslage zurückbleibt, der von der Summe der Anteile der Länder auf den Kopf der Gesamtbevölkerung entfällt, der Anteil des Landes bis zur Erreichung der Grenze von 20 v. H. aus den dem Reiche verbliebenen Einnahmen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu ergänzen ist. Gegenüber dem bisherigen Stande wird diese Begünstigung leistungsschwacher Länder allerdings dahin eingegrenzt, daß der Betrag, der auf Grund dieser Vorschrift zu überweisen ist, ein Drittel der Anteile des Landes nicht übersteigen darf, kein Land also mehr als 100 v. H. der in ihm aufkommenden Einkommensteuer und Körperschaftsteuer erhalten kann.

### c) Berücksichtigung feuerschwacher Gemeinden.

Neu hinzu tritt eine Vorschrift, die die Länder verpflichtet, bei der Beteiligung ihrer Gemeinden an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insbesondere die Lage der kleineren feuerschwachen Gemeinden zu berücksichtigen.

### d) Verteilungsschlüssel.

Schließlich sind auch die Vorschriften über die Bildung der Verteilungsschlüssel für die Überweisungen so gehalten, daß auf die Interessen der Arbeiterwohngebiete, besonders Rücksicht genommen ist.

### 3. Maßnahmen zur Verminderung steuerlicher Überlastung.

Um festzusetzen, daß das Gebot äußerster Sparsamkeit in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung überall in dem erforderlichen Umfang berücksichtigt wird, werden die Vorschriften des § 6 auch für die Zukunft aufrechterhalten. Danach sind also auch weiter-

hin für den Fall, daß eine Gemeinde den Bedarf, der aus Steuern, sonstigen Abgaben und Überschüssen der Betriebsverwaltungen zu decken ist, über den entsprechenden Bedarf des Jahres 1914 hinaus über Gebühr anspannt, die Landesregierungen berechtigt, die der Gemeinde zugewiesenen Anteile an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu kürzen. Darüber hinaus ist eine Vorschrift neu eingefügt, nach der die Länder verpflichtet sind, die Mehreinnahmen aus Überweisungen aus der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer, die über den Betrag von 2,4 Milliarden hinausgehen, in erster Linie zur Senkung der Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern) zu verwenden. Hier tritt eines der Grundprobleme der künftigen einseitigen Regelung des Finanzausgleichs zutage: die Frage nach den Beziehungen der Reichseinkommensteuer zu den Realsteuern der Länder, die Notwendigkeit im Interesse einer gleichmäßigen steuerlichen Belastung der deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit das Verhältnis der Einkommensteuer des Reichs zu den Realsteuern der Länder gesetzlich zu regeln. Um in dieser Hinsicht die nötigen Grundlagen für die endgültige Regelung des Finanzausgleichs zu schaffen, ist die Verpflichtung der Regierung im Gesetz vom 9. April 1927 in Aussicht gestellt, bis zum 1. Oktober 1927 den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Regelung der Realsteuern und der Hauszinssteuer vorzulegen.

### 4. Getränkesteuern der Gemeinden.

Nach der bisherigen Regelung des Finanzausgleichs waren die Gemeinden berechtigt, Steuern zum örtlichen Verbrauch von Getränken zu erheben. Dieses Recht sollte jedoch mit dem 1. April d. J. aufhören. Mit Rücksicht darauf, daß die endgültige Regelung des Finanzausgleichs zur Zeit noch vertagt werden mußte, schien die vollständige Beseitigung dieser recht ertragreichen Steuerquelle für die Finanzlage der Gemeinden nicht tragbar. Das Gesetz vom 9. April 1927 gestattet den Gemeinden daher die Erhebung einer Steuer auf den örtlichen Verbrauch von Bier, die jedoch nur vom Hersteller des Bieres oder demjenigen erhoben werden darf, der Bier in die Gemeinden einführt. Die Steuer darf 7 v. H. des Herstellerpreises nicht übersteigen. Die übrigen Getränkesteuern der Gemeinden sollen mit dem 1. April d. J. fort.

### 5. Erwerbslosenfürsorge.

Finanziell am schwersten fällt zugunsten der Länder und Gemeinden die Vorschrift ins Gewicht, die die Länder und Gemeinden von den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge entlastet. Da sich die Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verzögert hat, würden die Länder und Gemeinden weiterhin mit den sehr erheblichen Ausgaben aus den unterstützenden Erwerbslosenfürsorge belastet gewesen sein. Diese Ausgaben werden den Ländern und Gemeinden nach den Vorschriften des Gesetzes vom 9. April für die Zeit vom 1. April 1927 ab bis zum Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vom Reich erstattet. Die Mehrbelastung, die hieraus für den Reichshaushalt erwächst, erscheint mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs nur dann tragbar, wenn das Arbeitslosenversicherungsgesetz spätestens am 1. Oktober in Kraft treten kann. Die Bestimmungen, durch die die Kosten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden, sollen demgemäß spätestens mit dem 30. September 1927 außer Kraft treten.

# Über Einheit und Mannigfaltigkeit in der „Kulturpolitik“.

Von Theodor Heuss.

Völker, über die eigene Grenze blüend, vereinfachen, was sie beim Nachbarn sehen. Das ist ganz selbstverständlich. Bestimmte Eigentümlichkeiten, die als dem eigenen Wesen fremd empfunden werden, treten mit besonderer Eindringlichkeit ins Bewußtsein und werden die Säule, die Dokumente des Wechsels und Reichtums sein wollen und sein würden, wenn nicht eben diese primitive Kraft zur Einheitlichkeit vorhanden. Die Wüßblätter aller Nationen sind das Schulbuch solcher Erkenntnis. Sie arbeiten alle mit bestimmten festgelegten Typen. Ob solcher Typ einmal von einem einflussreichen Kopf erfunden, von einem einflussreichen Stift gestaltet wurde, das kann man dann historisch feststellen — daß der Typ übernommen, variiert, verändert wird, daß er sich zu einer festen und bleibenden Vorstellung verdichtet, das ist doch das Entscheidende. Denn es offenbart sich darin jener charakteristische Zug, das Fremde, den Fremden als eine Einheit zu sehen.

Schauen die Völker auf ihr eigenes Wesen, so kommen sie bei einem ähnlichen Verfahren in einige Verlegenheit. Denn die Nähe des Blickfeldes verwirrt und erlaubt nicht so sehr, tiefen oder jenen Eindring auszuscheiden. Zwar machen sie sich, polemisch oder apologetisch, auch einen Idealtypus zurecht — der deutsche Michel, die französische Marianne —, aber der ist dann doch blasser, weniger

geschlossen, eine Hilfskonstruktion. Und ähnlich verläuft das Suchen nach einer erklärenden Antwort, wenn ein Volk die Frage nach seinem eigenen Wesen aufwirft. Es braucht einer nie in Frankreich, Italien oder England gewesen zu sein, um mit einer solchen Sicherheit zu sagen: so ist der Franzose, der Italiener, der Engländer. Da gibt es gar kein unsicheres Gaffen. Aber wenn er den Deutschen beschreiben will, gerät er ins Stottern und hilft sich daraus nur mit einer sehr allgemeinen Protheseologie, die nicht charakterisiert, sondern bewertet, mit Plus- oder Minuszeichen arbeitet, je nach Temperament oder Anlaß. Die Unsicherheit der Anfrage flüchtet dann in die Überlegung, daß der Deutsche nun im Grunde doch keine Einheit sei, sondern eine Vielheit — der Stammscharakter wird herausgearbeitet, ihm gegenüber werden die Begriffe gelegt, die Anschauungen sinnlicher, und was zunächst leichte Verlegenheit war, wird Lob des Reichtums.

Das ist nun kein ausschließlich deutscher Tatbestand, aber in Deutschland wird er durch die historische Konstruktion unserer Staatlichkeit zu einem staatspolitischen Problem. Für Frankreich, Italien oder England trifft das nicht zu. Wenn man die diesen Staaten beginnt, sich selber zu psychologieren, gerät man bald genug in ähnliche Situationen wie bei uns: die Differenzierung innerhalb des Volks-

förpers stark genug zu empfinden. Der Mann aus Malland oder Korsika schimpft auf den Kalaberer oder Neapolitaner; denn sein Stolz sei es, der die Faulheit oder Sorglosigkeit der Leute da unten mit ertränken müßte. Wenn die Engländer aus Kent und Suffox von Kloyb George als dem Walliser reden, wenn das „Keltische“ seines Butes und seiner Art betont wird, worin keine Schmeichelei begriffen ist, wenn der Schotte aus dem Hochland in einer etwas ironischen Romantik erscheint, so befinden sich darin Gefühnungen, die dem Deutschen mit Einzelpersonlichkeiten oder Gruppen durchaus gefällig sind. Nicht anders ist es in Frankreich, Grenoble und Brest, Certe und Büntrichen haben volksmäßig, wenn man von Sprache und Geschichte absteht und auf den Stammesuntergrund zurückgreift, vertieft wenig miteinander zu tun; das bei uns in Deutschland als (schlecht) geschlossen angenommene Einheitsgefühl, angenommene Bewußtsein der Franzosen hat in den ersten Kriegsmomaten 1914 eine sehr peinliche Belastungsprobe durchgemacht, als man in Paris und im Norden die provenzalischen Regimenter, die Leute des „Midi“, für die militärischen Niederlagen verantwortlich machen wollte.

Diese Beispiele sind geschlossenen Einheitsstaaten entnommen, sie lassen sich vermehren und vielleicht noch schärfer akzentuieren, wollte man nach Spanien greifen oder nach dem schwäbischen Königreich — hier freilich sind ja die Fragestellungen noch allzu jung und vielleicht dem Problemkreis vergleichbar, vor dem sich Preußen nach 1815 sah, als kein protestantisch-öklicher Kern durch den katholisch-rheinischen Gebietsteil erweitert worden war. Die, wenn man so sagen will, pädagogische Ausanwendung des vorgetragenen Gedankengangs für die deutschen Verhältnisse liegt auf der Hand: Die rationale Vereinheitlichung der staatlichen Institutionen, also etwa die Schaffung gleichgearteter Justiz- und Finanzverwaltungen, einheitlicher Hoheitsrechte und Befehlssphären, löst den Reichtum landschaftlicher, landsmannschaftlicher Gegebenheiten, Traditionen, Sonderwerte nicht aus.

Sind das aber denn auch nicht Selbstverständlichkeiten, die mit dem Aufwachen neuer Details vorzutragen sich eigentlich nicht recht lohnt? Gewiß, es handelt sich nicht um interessante Entdeckungen, sondern um im Grunde ziemlich banale Tatsachen; aber das Schicksal hat es so gewollt, daß sie im tagespolitischen Betrieb verwascht, vergessen, zugegeben wurden. Und daß je und je in der innerdeutschen Auseinandersetzung über die „Zuständigkeit“ von Reich, Ländern und Gemeinden die ältesten verstaubten Bodenbücher aus der Rumpfkammer der Argumente herausgeholt werden, mit dem Anspruch, als das blinkende Metall der Wahrheit hingekommen zu werden. Sie lauten: Es ist der Reichtum des deutschen Wesens, daß es nicht über einen Kamm geboren werden kann, es weicht sich gegen den „öden Zentralismus“ der fremden Völker; eine Verarmung an Eigenart müßte in der kulturellen Fortbildung der deutschen Stämme eintreten, wollte man ihnen Sonderleben gemeinverbindliche Normen staatlicher Art aufzwingen. Und wie es sonst noch lauten mag.

Es liegt uns in diesem Augenblick nichts an der immer ausfichtlosen Polemik gegen den Ablauf der deutschen Geschichte, die gerade unserem Grenzpolitisch so ungünstig gefeierten Volkstum die geschlossene Staatlichkeit schuldig geliehen ist. Die Tatsachen, wie sie wurden, müssen gesehen und anerkannt werden; wie weit sie „hingekommen“ werden mögen, entscheidet der eine so, der andere so, je nach politischem Willen. Diese Frage sei für unseren Zusammenhang vernachlässigt. Wollte man sich aber langsam verlässigen könnte, ist doch dies: daß aus den staatspolitischen Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit staatlicher Gestaltung, handle es sich um Dinge der Gesetzgebung oder der Verwaltung, bestimmte Gruppen von Zeugnissen und Befundungen ausweisen, die die Fragen verwirren und die Antworten verwischen.

Der Staat kann durch Gesetze und Erlasse Kultur nicht anordnen und verordnen; er kann durch bestimmte zivilisatorische Maßnahmen hemmend oder fördernd auf deren Wachstum einwirken, kann günstige oder ungünstige Lebensbedingungen beeinflussen, das schöpferische Leben kann er selber mit Paragraphen, Gesetzestexten, Institutionen, kann es auch mit Finanzen nicht selber schaffen. Wissenschaft und Kunst sind doch nur im äußerlichen Sinne als staatliche Dienstleistungen zu nehmen. Der Staat mag, soll, muß sich ihrer „Pflege“ widmen; das Ergebnis wird letztlich doch von anderen Kräften bestimmt, mag man diese im individuellen Schöpferium oder in der nicht ausdeutbaren Wirkung von tieferen Lebenszusammenhängen, Traditionen, „Geist“, „Volksgel“ finden. Wird diese These angenommen, dann ist es im Entscheidenden vollkommen unerheblich, wie die „Infanz“ der Kulturpflege staatsorganisationsmäßig eingebettet erscheint: ob „Reichsache“, „Ländersache“, Gemeindeangelegenheit; die einzige Erheblichkeit bleibt, ob die Infanz gute und verlässige Arbeit leistet.

Im Deutschen Reich ist, aus ganzem gesehen, die öffentliche „Kulturpolitik“ Länderangelegenheit. Das ist historisch zu verstehen, da die territorialen Staatsverordnungen früher da waren als das Reich, und das Weggehen von Souveränitätsgedanken eine sehr zögernde und zunächst mehr die äußeren Machtfragen betreffende Entwicklung war. Es mag im übrigen, aus Gründen der Personalpolitik, der überheblichen Wirkungen von Nachbarschafts-Initiative, ganz zweckmäßig sein, daß es bis heute so geblieben ist — das bleibe unerörtert. Aber was unliebend werden mußte, ist dies, daß dieser an sich geschichtliche Tatsache ein Glorienschein aus Haupt gefüllt wurde, der nun „Land“ und „Kultur“ gleichsetzt, und den uncharakter, aber immer ein bißchen einbrudersollen, wohl eingeebnet und still pathetischen Begriff der Kultur bemüht, um sehr unheimtümliche und unpathetische Dinge in dem Herrschaftsanspruch einzelstaatlicher Bürokratie zu verklären. Denn darum handelt es sich.

Die Mannigfaltigkeit des deutschen kulturellen Lebens, denke man an Kunst oder Dichtung, an philosophische Denkart oder volkstümliche Lebensform, hat mit dem Aufbau der deutschen Länder ganz und gar nichts zu tun. Das klingt ein bißchen grob, aber es ist doch so. Die objektiven Kräfte, die in diese Bezirke hineinwirken, sind die religiösen Komplexe und das Wesenhafte einer Stammesgebundenheit, wo solche unzerstört geblieben ist. Zwar sind die religiösen Gruppierungen in Deutschland einmal das Ergebnis sehr eindeutiger und auch areligiöser Staatstätigkeit gewesen, in dem cuius regio eius religio, und an diesem Punkt kann man noch am ehesten sagen, daß die Staatspolitik ziemlich unmittelbar kulturhistorisch wurde, indem sie eine bestimmte konfessionelle Atmosphäre bannete, wenn auch nicht erzeugte. — Doch als im 18. und 19. Jahrhundert diese Identität des Territoriums und Konfession zerfiel wurde (Erhebung Schlesens durch Friedrich II., Reichstagsdeputationshauptschluss von 1803 u. a.), sank dieses Element hinweg; der Staat säkularisierte sich einigermaßen gegenüber den religiösen Beständen, die aber nun freilich autonom mannigfaltig genug wirksam blieben. Das Schicksal der deutschen Stämme aber wurde, daß sie von der dynastischen Geschichte, durch Erbvertrag, Erwerb und Eroberung wahllos zersplittert und vereinigt wurden: kein deutscher Stamm hat die Herberge seiner Siedlungsgrenzen behalten, kein deutscher Staat von einiger Ausdehnung, der nicht zerbrochene Stämme in sich vereinigte. Man braucht dabei gar nicht bloß an Preußen oder Bayern zu denken, die mit einer Dilettant am Stammesdenken zu rechnen haben, auch wenn man sich daran gewöhnt hat, breit von einer preußischen oder bayerischen Eigenart zu sprechen, um die Stammes-eigentümlichkeit eines Staates zu fassen.

Nun ist freilich auch der Stamm zwar etwas Gegebenes, aber doch auch nichts Absolutes. Das man ihn für die Struktur des Staatsbaues in Anspruch nimmt, ist ridschöner Romantik, und es würde vermutlich für das innere Gefüge des Reiches nicht gerade eine Verfeinerung sein, wollte man seine inneren Grenzen den Siedlungsgrenzen der Stämme entlangführen; daß es gerade hier Überschneidungen und Verzahnungen gibt, erscheint uns als eine der wenigen glücklichen Erbschaften der Vergangenheit. Dabei sind nun zwei Entwicklungstendenzen unerkenntbar: das landsmannschaftliche Sondergefühl ist mit Heimatpflege, mit der Kiterarisierung von Lokalgeschichten und Volkskultur erneut gewachsen, vielleicht in manchem gesteigert; aber im ganzen besteht dies doch, wo es sich als eine geistige Angelegenheit begrenzt, eine gesunde Abwechslung. Abwechslung gegenüber der anderen Tendenz. Nicht durch eine staatliche Gesetzgebung, sondern mit der kapitalistisch-industriellen Entwicklung setzte jense Großstadtwachstum ein, jene Verdränger des deutschen Menschen, die aus hundert Heimen und Herkunft, aus Stämmen und Gebundenheiten die Menschen löst, und in neuer Umgebung sie zu typischen Lebensformen und Gebundenheiten umprägt. Es ist ziemlich gleichgültig, ob man diese Bildungen mit dem Enthusiasmus des Ja, jagenden Journalisten oder mit dem Nein, Nein des idyllischen Heimatromantikers begrüßt, beklagt — sie sind vorhanden und unabwendbar. Sie (hätten) Vereinheitlichungen, in denen die Sonderart zwar nicht immer und unmittelbar ausgelöscht, aber in ihren Kontexten gemindert wird. Auch dieser Prozeß ist von staatlichen Ansprüchen und von einem kulturellen Grenzwachstum völlig unabhängig.

Er ist übrigens im Bezirk der westeuropäischen Völker eine gemeinsame Erscheinung. Aber sie vollzieht sich nicht in einheitlichem Bewußtsein, weil etwa Paris und London die einheitliche langsame Schöpfung einer staatlich geschlossenen Nation, das Berlin des letzten halben Jahrhunderts aber das Ergebnis einer stürmischen Kolonialisierung ist. Darum sind bei uns die Auseinandersetzungen, ganz abgesehen von der staatspolitischen Verzerrung, mit der wir sie überleben, herber, misstrauischer und unbequamer als anderwärts. Aber es würde wohl ein Gewinn sein, wollte man sich diese Wesen erkennen und von der landesüblichen Empfindsamkeit entlasten.

## Zur Konfordatsfrage.

Von Dr. Rudolf Lehnardt.

Bereits seit einem Jahrhundert waren für den größten Teil des jehigen Reichsgebietes Verträge mit dem Hl. Stuhle, also Konfordate in Geltung: für Bayern das Konfordat von 1817, für Preußen, Hannover und die Staaten am Oberrhein: Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Hessen-Nassau die sogenannten Zirkumskriptionsbullen aus den Jahren 1821 und 1824, sowie die Bulle über die Bischofswahl in den Diözesen Freiburg, Rottenburg, Mainz, Fulda und Limburg aus dem Jahre 1827. Die Form dieser Bullen ändert am Konfordatscharakter ihres Inhaltes nichts. Die Bulle De salute animarum aus dem Jahre 1821 z. B. ist das Ergebnis der zwischen Preußen und dem Hl. Stuhle durch Niebuhr und Kardinal Consalvi über gemeinsame kirchenpolitische Angelegenheiten geführten Verhandlungen, Kirchengesetz seit ihrer Promulgation durch Pius VII., preußisches Staatsgesetz durch ihre Aufnahme in die preußische Gesetzesammlung (Jahrgang 1821 S. 115 ff.).

Der Grund für die damaligen Verhandlungen und Vereinbarungen der deutschen Fürsten mit dem Papste liegt in den Veränderungen, die die Säkularisation im Jahre 1805 auf kirchlichem Gebiete geschaffen hatte: sie hatte die alte Diözesaneinteilung aufgelöst, der weltlichen Herrschaft der Bischöfe ein Ende bereitet, das Kirchengut (mit Ausnahme des Pfarrvermögens) zum weltlichen Gehöte des Staates überwiesen. Es mußten also neue Stützpfeiler errichtet, die Bischofsstühle neu dotiert und ihre Bestimmung neu geregelt werden. In allen drei Aufgaben wußte sich der Staat interessiert und beteiligt: die Dotierung der neuen Diözesen war den säkularisierenden Fürsten durch § 35 des Reichsdeputationshauptschlusses formell zur Pflicht gemacht. Die Bischofsaneinteilung konnte ihnen insofern auch nicht gleichgültig sein. Man wünschte außerdem im allgemeinen den Grundfah der Landesbistümer gewahrt: die preußischen Bistümer sollten sich mit dem preußischen Territorium decken, die bayerischen mit den bayerischen usw., die des Reiches mit dem Reichsgebiet. Die Ausnahmen, die hier die Bulle De salute animarum an der preußisch-österreichischen Grenze machte, waren zu beklagen aus politischen Rücksichten Österreich gegenüber gemacht. Was endlich die Bestimmung der Bischofsstühle angeht, so wünschten die Fürsten wegen der kulturellen Bedeutung des Amtes ein positives Mitwirkungsrecht, der katholische König von Bayern sogar das Recht der Benennung neuer Bischöfe. Die Umschreibung und Dotierung der Diözesen sowie die Bestimmung der Bischofsstühle bildeten demnach den Inhalt der vorhin erwähnten Verträge mit dem Hl. Stuhle. Nur das bayerische Konfordat ging weiter.

Von diesen Tatsachen müssen wir ausgehen, wenn wir in der Frage eines heutigen Konfordats richtig urteilen wollen. Weil die erwähnten konfordatären Abmachungen den internationalen Verträgen gleichgesetzt werden, haben sie die innerpolitische Umwälzung des Reiches und sei sich überdauern. Andererseits sind sie von ihr doch nicht unberührt geblieben. Das tritt deutlich in der Frage der Bestimmung der Bischofsstühle hervor. Die alten Verträge mit dem Hl. Stuhle gehen hierin dem Staate ein politisches Mitwirkungsrecht. Die Weimarer Verfassung dagegen schließt ein solches aus. Es wird aber auch dem Staate von heute nicht gleichgültig sein, wer das Bischofsamt innehat. Er wird deshalb vielleicht wünschen, daß sich die Kirche vor der ernüchternden Ernennung eines Bischofs mit ihm ins Benehmen setze, damit er etwaige politische Bedenken geltend machen könne — eine negative Einwirkung des Staates auf die Bischofswahl, die sich auch mit Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung vereinbaren ließe —, und die Kirche kann diesem Wunsch entgegenkommen, wie sie es z. B. im bayerischen Konfordat getan hat. Eine Neuordnung der Diözesangrenzen käme, auch wenn wir von den innerkirchlichen Bedürfnissen, die heute anders sein können als vor 100 Jahren und immerhin wohl auch ihre Berücksichtigung

verlangen dürfen, infolge der territorialen Veränderungen, die der Verfall der Verträge geschaffen hat, besonders im Osten den staatlichen Interessen entgegen. Da endlich die Frage der finanziellen Beihilfen des Staates für katholische Zwecke — von Art. 138 der Reichsverfassung ganz abgesehen — nach 100 Jahren jährlicher Zahlungen in Mitleide und nach der Inflation zweckmäßig neu geregelt wird, auch wenn dabei die Höhe der in den vergangenen Jahren des letzten Jahrzehnts festgesetzten Beträge nicht überschritten werden soll, dürfte sich von selbst verstehen. Als in Preußen unter Kultusminister Böttig die Verwaltungskosten der evangelischen Landeskirche geregelt wurden, nahm der Landtag zudem ausdrücklich den Entschärfungsantrag an, daß eine ähnliche Regelung mit der katholischen Kirche bald getroffen werden solle.

Alle diese Neuregelungen, die gerade das staatliche Interesse berühren, liegen sich aber nur schwer treffen ohne neue Vereinbarungen mit dem Hl. Stuhle. Es ist zwar im Verlauf der Konfordatsdiskussion immer wieder die Frage aufgeworfen worden, ob sich denn die berührten Punkte nicht durch einseitige staatliche Gesetzgebung ordnen ließen. Man hat dabei auf Württemberg hingewiesen, das tatsächlich eine solche einseitige Regelung durch Landeskongreges getroffen habe. Wir glauben indes jene Frage vom Standpunkt des Staatsrechts aus vernachlässigen zu müssen. Das Beispiel Württembergs dürfte sich jedenfalls eher als Beispiel von dem benehmen, was es benehmen soll. In dem in Frage kommenden Gesetz sind ausschließlich finanzielle Angelegenheiten geregelt, und das, was wir gelegentlich der Wahl des neuen Bischofs von Rottenburg gehört haben, zeigt, daß auch die württembergische Regierung der Auffassung ist, Verhandlungen mit Rom wenigstens zur Neuordnung der Bestimmung des Bischofsstabes nicht umgehen zu können. Maßgebend müssen dabei für die württembergische Regierung zwei Erwägungen gewesen sein, die allgemeine Geltung haben: wenn die vor 100 Jahren abgeschlossenen Verträge jetzt notwendig der Ablösung durch eine Neuordnung bedürfen, weil sie auf die neuen Verhältnisse seit 1919 nicht mehr anwendbar sind, so können sie nach internationalem Recht bloß bei feinerzeit abgeschloffen haben: den deutschen Regierungen auf der einen und dem Hl. Stuhle auf der anderen Seite. Als am 3. Mai 1898 im preußischen Landtag der Antrag gestellt wurde, einen Punkt der Bulle De salute animarum, also des Vertrages von 1821, zu ändern, erklärte die Regierung sofort, daß für eine solche Änderung auf kirchlicher Seite ausschließlich der Hl. Stuhl zuständig sei. Das gilt auch heute noch. Die Reichsverfassung stellt ferner den Grundfah allgemeiner Bekenntnisfreiheit auf. Bekenntnisfreiheit verlangt aber als Korrelat, daß der Staat da, wo er Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft behandelt, die ihr eigentümliche Verfassung berücksichtige. Die Anwendung auf unseren Fall ergibt sich von selbst.

Wir haben oben nur von der Neuordnung der Angelegenheiten gesprochen, die bereits Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Staate und dem Hl. Stuhle gewesen sind. Die in den Zirkumskriptionsbullen behandelten Materien dürfen auch den Kern der neuen Abmachungen bilden. Ob andere Angelegenheiten dazu kommen, ist abzuwarten. Man könnte z. B. an die Ausbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen denken. Andererseits ist doch wohl nicht anzunehmen, daß sich weitere Konfordate ganz im Rahmen des bayerischen halten werden. Abgesehen davon, daß eine Reihe der Bestimmungen des bayerischen Konfordats nur eine Anwendung der in der Reichsverfassung den Religionsgesellschaften verliehenen Freiheiten und Möglichkeiten darstellen, wird man sich auch auf kirchlicher Seite der Einsicht nicht verschließen, daß sich die Verhältnisse eines überwiegend katholischen Landes nicht ohne weiteres auf Länder mit katholischer Minderheit übertragen lassen.

## Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart.

Von Dr. Max Roscher.

Nicht minder schwer als die politischen waren die wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Er hat das in langen Friedensjahrsrenten geschaffene dicke Netz der internationalen Wirtschaftsverflechtung zerrissen, die enge Harmonie der weltwirtschaftlichen Beziehungen und des gegenseitigen Warenverkehrs empfindlich gestört. Schon während der Kriegsjahre zeigten sich neue Entwicklungslinien in den weltwirtschaftlichen Beziehungen; aber erst nach dem Friedensschluß wurde offenbar, welche bedeutsamen Verlagerungen in der Weltwirtschaft eingetreten waren. Zwar traten alle Völker wieder, dem Charakter ihrer Wirtschaftsorganisation gemäß, in regere wirtschaftliche Beziehungen zueinander; doch das Gesamtbild

der Weltwirtschaft war völlig gewandelt. Neue Probleme waren aufgetreten und hatten die alten, die Vorrangswirtschaft der Völker das Gepräge geben, verdrängt. Die eine Reihe dieser neu aufgetauchten weltwirtschaftlichen Probleme leitet sich aus Fragen der Produktion, der Verteilung und der Zirkulation der Güter her; die andere Reihe umficht vor allem das Wirtschaftsprobleme, das Währungs- und das Bevölkerungsproblem.

### 1. Das Produktionsproblem.

Das Produktionsproblem liegt in dem Mißverhältnis zwischen weltwirtschaftlichem Angebot und weltwirtschaftlicher Nach-



frage begründet. Die Produktionskosten sind durch Kriegsausgaben aller Art, Kriegsschulden, höhere Kapitalkosten, Soziallasten und Zölle, zum Teil nicht unerheblich erhöht, und diese Erhöhung findet ihren sinnfälligen Ausdruck in der allgemeinen Teuerung. Diese Teuerung führte im Zusammenhang mit der Verarmung des durch den Krieg erschöpften und durch die Friedensschlüsse umgeschalteten Europas zu einer Verringerung des Absatzes. Bei der Wechselwirkung zwischen Produktion und Absatz wurde durch eine Absatzverminderung wiederum eine Einschränkung der Produktion hervorgerufen, die ihrerseits Zusammenbrüche von Unternehmen und Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Notwendig ist zunächst zur Lösung des Problems eine Steigerung des Weltbedarfs an Waren, die nur mit einer Preisverbilligung in der Weltproduktion Hand in Hand gehen kann. Vorbedingung dazu ist wiederum eine zunehmende Kapitalneubildung. Solange riesige Kändertumple wie China und Indien mit ihren ungeheuren Menschenmassen für die kapitalistische Wirtschaftsform nicht reif sind, sondern Haus- und Bedarfsökonomien betreiben (mit naturgemäß geringem Verbrauch an fremden Gütern), muß vor allem eine Absatzsteigerung Mitteleuropas und Rußlands als Voraussetzung für die Lösung des Problems angesehen werden.

In den Problemkomplex weltwirtschaftlicher Produktionsfragen ist auch das internationale Rohstoffproblem eingeschlossen. Das wichtige für die Industrie unentbehrliche Rohstoffe von wenigen Ländern gewonnen werden — das britische Reich, z. B. verfügt fast ausschließlich über die gesamte Erzeugung von Jute, Nadel, Kaustisch, Wolle, und auf die Vereinigten Staaten von Amerika entfällt mehr als die Hälfte der Weltproduktion an Eisen, Baumwolle, Kupfer, Öl sowie, in gewisser Hinsicht, auch an Kohle —, besteht die Neigung zur Schaffung von Weltrohstoffmonopolen zwecks Produktionseinschränkung, Preisfestsetzung und Absatzregelung. Das bedeutet für die übrigen Verbrauchsländer Verteuerung und Erschwerung des Bezuges lebenswichtiger Rohstoffe. Die Lösung muß auf dem Wege einer der Interessen der Rohstoffproduzenten und der Verarbeiter und Verbraucher ausgleichenden Verständigung erfolgen.

In diesem Zusammenhang ist auch das internationale Kartellproblem zu erwähnen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Frage aufgeworfen, wie die in diesem Ausmaß früher nicht gekannten, an Bedeutung häufig wachsenden industriellen Vereinbarungen zum Standpunkt der Produktion, des Verbrauchs, insbesondere der Arbeiterschaft, zu beurteilen sind; ob sie — was erwünscht wäre — auf einheitlicher Grundlage rechtlich zu regeln sind; ob eine internationale Kartellbildung oder eine losere Vereinigung in Form von Kartellen und Syndikaten vorzuziehen ist.

Für die Lösung des Produktionsproblems in der Welt ist eine wichtige allgemeine Voraussetzung die Beschaffung und der schnelle Austausch statistischer Angaben, namentlich über die industrielle Erzeugungszugang.

Was die landwirtschaftliche Produktion anbetrifft, so sind Strukturveränderungen infolge eingetreten, als Ausland und Rumänien für die Deckung des europäischen Getreidebedarfs an Weizen weggefallen sind und West- und Mitteleuropa mit seinem Weizenbezug fast ausschließlich auf Überseegebiete angewiesen ist. Darüber hinaus hat eine starke Verschiebung von der Getreide- zur Mehlindustrie stattgefunden. Außerdem sind die tiefgreifenden Wirkungen des Krieges auch in der Agrarproduktion selbst zu spüren. Die Landwirtschaft, namentlich die deutsche, leidet unter großem Kapitalmangel, und auch die Preisfrage hat zeitweise zu erheblichen Schwierigkeiten geführt.

Ein weiteres mit dem Komplex der Produktionsfragen zusammenhängendes Teilproblem ergibt sich daraus, daß sich infolge des durch den Krieg entstandenen oder verstärkten Inflationisierungs wirtschaftlicher Neuländer (Indonesien und Siam) und Baumwollspinnereien in Indien, Reisermühlen in Siam und Indochina, chemische Fabriken in Australien zur Verhüttung seiner Erze, Gerbstofffabriken in Argentinien, Wolzenmühlen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada usw.) heute eine gewisse Überlegenheit der Rohstoffländer und andererseits, als Gegenströmung, ein Streben der alten Industrieländer nach Vervollkommen ihrer Qualitätsarbeit bemerkbar macht. Wieweit sich diese Entwicklungstendenzen in Zukunft durchsetzen werden, hängt von einer Reihe von wirtschaftlichen Faktoren ab; vor allem von der weiteren technischen und industriellen Durchbildung der überseeischen Länder, von der Entwicklung der Verkehrserleichterungen sowie von dem Grad der künftigen Aufnahmefähigkeit der Absatzmärkte in der Welt.

## II. Das Absatzproblem.

Das führt uns zum Verteilungs- oder Absatzproblem. Es ist letztlich ein Preisentstehungsproblem. Nur bei entsprechender Preisermäßigung ist der Absatz von Waren, insbesondere von Qualitätszeugnissen, zu steigern. Eine Erhöhung des Absatzes ist der Schlüssel zur Besserung der Wirtschaftslage: sie

führt eine Produktionssteigerung herbei und dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit, also Überwindung der Arbeitslosigkeit und erhöhte Kaufkraft. Das Verteilungsproblem ferner umfaßt die Bedeutung des zusammengefaßten, unter zahlreichen Hemmnissen des Protektionismus lebenden Weltabzuges: durch Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen, durch Gleichberechtigung von Staatsangehörigen und Gesellschaften eines anderen Landes, Abnähme der übermäßig hohen Zollmauern, Schaffung eines einheitlichen Aufbaus der Zolltarife und gleichmäßiger Verollungsvorschriften, ferner können Vereinbarungen über das sogenannte Dumping (Schleuderausfuhr), Beseitigung der Diskriminierung durch Transportharfe und der besonderen Belastung der eingeführten fremden Ware im Steuerwesen, Vereinbarungen über die Subventionen (direkte und indirekte Subsidien), Schaffung einer einheitlichen Handelschiedsgerichtsbarkeit und eines internationalen Rechtsschutzes für gewerbliches und geistiges Eigentum in Frage und schließlich weitgehende zielbewusste Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens (Eisenbahnen, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Post- und Schnellnachrichtenverkehr, Kraftwagenwesen, Luftverkehr) zur Herbeiführung eines möglichst hohen Grades von Schnelligkeit, Wirtschaftlichkeit, Betriebssicherheit, Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit innerhalb der ganzen zivilisierten Welt.

## III. Die internationale Verschuldung und das Währungsproblem.

Während die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz dem Verteilungsproblem einen breiten Raum in den Verhandlungen einräumen wird, will sie jedes Eingehen auf das überaus wichtige Schuldproblem vermeiden. Probleme internationaler Verschuldung sind zwar nicht erst eine Folge des Krieges, gab es doch schon früher im internationalen Kapitalverkehr Gläubiger- und Schuldnerländer; sie haben aber heute eine besonders große Bedeutung. Es handelt sich jetzt in erster Linie um den Ausgleich der gewaltigen, durch den Krieg entstandenen interalliierten Verschuldung und um die für Deutschland im Dampesplan einzuweisen geregelten Reparationen, ferner um die Vergütung und Tilgung der infolge des von europäischen Wirtschaften an fremde Kapitalmärkten aufgenommenen Anleihen. Für dieses Schuldproblem der Nachkriegszeit ist eine vielbesetzte Casafache von grundlegender Bedeutung: die Vereinigten Staaten von Amerika sind Weltgläubiger geworden, während die europäischen Länder zum großen Teil verschuldet sind. Nur England ist von den kriegsführenden Staaten Europas Gläubiger geblieben, während vor allem Deutschland und Frankreich Schuldner anderer Länder, namentlich der Vereinigten Staaten von Amerika, geworden sind. Die angegebene Verschuldung zugunsten eines einzigen Gläubigerlandes wirkt infolge der fälligen, die Produktionskosten steigenden steuerlichen und finanziellen Belastungen auf die weltwirtschaftliche Lage beunruhigend und nachteilig. Da die Länder, die den Hauptteil der deutschen Reparationszahlungen erhalten, den Vereinigten Staaten verschuldet sind, werden letzten Endes die Vereinigten Staaten auch Empfänger der deutschen Reparationsleistungen. Besonders schwierig wird das Problem noch dadurch, daß die Abdeckung der deutschen Reparationslasten nur auf dem Weg der gestiegenen Warenausfuhr möglich ist, und daß die Gläubigerländer nicht in der Lage und auch nicht geneigt sind, mehr als bisher deutsche Waren aufzunehmen. Entweder müßte die deutsche Reparationsverpflichtung erheblich herabgesetzt oder die deutsche Ausfuhr willig aufgenommen werden. Neben den Währungsfragen sind schließlich die sonstigen europäischen Wirtschaftsschulden an die Vereinigten Staaten zu tilgen, die bereits jährliche beträchtliche Zinszahlungen bedingen, aber an Bedeutung den Fragen der Kriegs- und Reparationsverschuldung gegenüber zurücktreten.

Die Lösung des Währungsproblems verlangt, nachdem sich herausgestellt hat, wie der Währungserfolg und die Unausgeglichenheit der Währungen verschiedener Länder den freien Warenaustausch hemmen und zum Valutadumping führen, baldige Einführung der auf Gold fundierten Geldverfassung in allen Ländern. (Von diesem Valutadumping ist das oben erwähnte Dumping scheidend zu unterscheiden, bei dem bei fester Währung, sei es infolge Inflation oder Deflation, die durch die Preispolitik von Produzenten herbeigeführte Ausfuhr zu niedrigeren als den Inlandspreisen erfolgt.) Die Goldwährung ist eine entscheidende Voraussetzung für einen geordneten weltwirtschaftlichen Verkehr, weil sie die Preise im Inlande ausgleicht und die inländischen Preise an die Weltmarktpreise anpaßt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch die in der Öffentlichkeit schon des öfteren diskutierte Frage der übermäßigen Mannigfaltigkeit der europäischen Währungssysteme. Da durch die Friedensschlüsse die Zahl der europäischen Staaten zugenommen hat und große, vor dem Kriege einseitige Wirtschaftssphären verlassen sind, hat sich auch die Zahl der Währungen und Währungssysteme in Europa beträchtlich vermehrt. Das bringt erhebliche Belastungen im internationalen Waren, Kapital- und Reiseverkehr mit sich. Es wäre angedacht, auch hier durch internationale Vereinbarungen Abhilfe zu schaffen und die Zahl der Währungssysteme zu verringern.



Von den übrigen wichtigen weltwirtschaftlichen Problemen der Gegenwart sei als besonders wichtig noch auf alle die Fragen hingewiesen, die mit dem Bevölkerungsweisen zusammenhängen. So sei u. a. erwähnt die Frage der Ein- und Auswanderung, der Niederlassung fremder, die Rassenfrage in Gebieten, in denen mehrere Rassen nebeneinander wohnen, die Frage der Wanderarbeiter usw. Auch hier ist ein weites Feld, auf dem internationale Vereinbarungen im Interesse des geordneten und friedlichen Zusammenlebens der Völker getroffen werden müssen. — Ein Teil

der hier skizzierten weltwirtschaftlichen Probleme wird auf der Anfang Mai beginnenden Weltwirtschaftskonferenz zur Behandlung kommen. Jerglich wäre es, zu glauben, daß auf dieser Konferenz die entscheidenden wirtschaftlichen Probleme, die die Weltwirtschaft und insbesondere die europäischen Wirtschaften bedrängen, gelöst werden könnten. Wohl aber wird die Behandlung der für die wirtschaftliche Zukunft Europas entscheidenden wichtigen Fragen in einem internationalen unpolitischen Gremium einen Schritt vorwärts bedeuten auf dem Wege gedehlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Völker.

## Das Zündholz.

Es sind jetzt zwei Generationen vergangen, seitdem es dem Fabrikanten Jönköpings gelang, die alten Phosphor-Schwefelzylinder durch einen ungiftigen Sicherheitskopf zu ersetzen. Es begann der Kampf gegen die Phosphor-Zündhölzer. Schon damals wurde das kleine Zündholz so wichtig, daß sich internationale Konferenzen mit ihm beschäftigten. Dieser Laibchen allein würde eine volkswirtschaftlich außerordentlich interessante Unterfuchung ermöglichen. Aber die Geschichte des Zündholzes ist noch nicht geschrieben. . .

Von Schweden aus hat sich über den englischen Handel die Streichholzproduktion in Verbindung mit amerikanischer Kapitalmacht zu einem schwedisch-amerikanischen Zündholz-Welltrauf entwickelt. Ihr Kopf ist der Schwede Jöar Kreuzer.

Die Monographie dieses Traufes, eines der interessantesten ökonomischen Gebilde, ist ebenfalls noch nicht geschrieben. . .

Der Schwedentruf kontrolliert heute etwa drei Viertel der Weltproduktion. In den für den Export wichtigsten Ländern stehen 90 v. H. der Produktion unter seinem Einfluß.

Die Herstellungsarten des Schwedentrufs sind recht verschieden. Die einfache und klare Form seiner Macht ist das Produktionsmonopol. Er besitzt es in Griechenland, Polen, Litauen und Bolivien. In Peru besitzt er das Einfuhrmonopol. In Frankreich wird zur Zeit parlamentarisch um das Zündholzmonopol des Traufes gekämpft.

In Norwegen, Portugal, in England, in den Vereinigten Staaten, in Chile, in Mittelamerika (Mexiko), in Japan, China, Indien, Australien, in Asien (Philippinen), in Nordafrika (Alger) usw. usw. besitzt der Schwedentruf durch Kapitalbeteiligung an den maßgebenden Zündholzfabriken oder durch eigene Fabriken entscheidenden Einfluß.

In Finnland und in der Schweiz ist es zu Syndikaten gekommen, die die im Konkurrenzkampf geschwächten freien Fabriken und die Fabriken des Traufs umfassen. Nach dieser Methode ist der Schwedentruf auch in Deutschland vorgegangen.

Das Vordringen des schwedisch-amerikanischen Zündholztraufs in Deutschland bietet eine Fülle von Musterbeispielen für die unterschiedlichsten Möglichkeiten, die bei preispolitischen Konzeptionen anwendbar sind. Der Trauf hat Fabriken — und zwar dazwischen — seit dem Jahre 1924 frei und offen aufgeführt. Er hat aber auch von Holland her scheinbar ihm fremde Unternehmungen entwickelt, die mit seinen künftigen deutschen Gegnern selbige Interessenvereinsverträge schlossen, um zu spät einzufallen, daß der neu gewonnene „Freund“ der Schwedentruf war.

Innerhalb von zwei Jahren hat so der Schwedentruf seinen Anteil an der deutschen Produktion von 30 auf 70 v. H. erhöht.

Alle Versuche einzelner deutscher Zündholzfabrikanter, eine selbständige Arbeitsorganisation, ein Syndikat oder ein Kartell zu gründen, sind immer wieder, früher oder später, gescheitert.

Eine besonders interessante Variante der ökonomischen Entwicklung ergibt sich aus der Streichholzindustrie daraus, daß die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine Hamburg sich trotz oder vielleicht gerade wegen des unaufrichtigen Kampfes in der Zündholzproduktion ihren Bedarf durch Eigenproduktion decken konnte. Nach den Mitteilungen der Sachverständigen gehören die Betriebe der Großverkaufsgesellschaft — kurz G. & G. genannt — zu den modernsten Betrieben; sie vermögen nahezu 20 v. H. des gesamten deutschen Zündholzbedarfs zu decken. (Auch in Finnland haben die Genossenschaften eigene Betriebe.)

Im übrigen ist auch zu beachten, daß das Zündholz von jeher in allen Staaten der Erde als ein recht ergiebiges Steuerobjekt betrachtet wurde. So betrug z. B. im Jahre 1914 in Deutschland die Steuer auf die Normalgröße Zündhölzer (1000 Pakete zu zehn Schachteln mit je 50 Stück Zündhölzern) 100 Mark. (Heute liegen auf die Normalgröße Zündhölzer 60 M. Steuer.)

Die technische Entwicklung hat in der Zündholzindustrie das Chaos vollendet.

Von dem einfachen manuellen Leuchterverfahren ist der großindustrielle Betrieb seit Jahrzehnten zur maschinellen Fabrikation der Zündhölzer übergegangen. Heute beherrscht die Kompletmaschine die Zündholzfabrikation. Eine Kompletmaschine kann täglich 10–15 Normalgrößen Zündhölzer leisten. Wir haben in Deutschland 84 Kompletmaschinen. Davon besitzt der Schwedentruf in seinen deutschen Fabriken deren 71.

Die Kapazität der deutschen Zündholzindustrie liegt bei etwa 360 000 Kisten, abgesetzt werden aber jährlich nur 180 000 bis 200 000. Investiert sind in der gesamten deutschen Zündholzindustrie etwa 22 Millionen Mark, der Produktionswert jener 180 000 bis 200 000 Kisten beträgt etwa 16 bis 17 Millionen Mark. Wir haben hier also eine Industrie — sie beschäftigt überdies nur knapp 4000 meist weibliche Arbeitskräfte —, in der trotz allen Konkurrenzkampfes mehr Kapital investiert ist, als im Jahre umgeschlagen wird.

Man wird zugeben, daß es sich bei diesem kleinen, unscheinbaren Streichholz in Wirklichkeit um ein nationalökonomisches und um ein aktuelles Problem ersten Ranges handelt.

Nach eingehenden Beratungen des Reichswirtschaftsrates, dessen dafür in Frage kommenden Ausschüsse durch das Reichswirtschaftsministerium um ein Gutachten ersucht wurden, ist der Plan einer Sanierung der deutschen Zündholzindustrie entstanden. Im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ist dabei sogar der Leiter des schwedisch-amerikanischen Zündholz-Welltraufs, Jöar Kreuzer, als Sachverständiger gehört worden.

Der Sanierungsplan für die deutsche Zündholzindustrie, der zugleich eine Auseinandersetzung mit der Rationalisierung und eine Verständigung mit dem Trauf versucht, besteht aus vier Teilen.

Erstens schlossen die sämtlichen 26 Unternehmungen (drei vom Schwedentruf, 22 vom Verband der deutschen Zündholzfabrikanter und die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine Hamburg) einen Syndikatsvertrag ab. Nach diesem Vertrag entfallen 63 v. H. der deutschen Produktion auf die drei Unternehmungen des Schwedentrufs, 33 v. H. entfallen auf die Produktion der deutschen Fabriken. Der Vertrag wurde am 23. Jahre geschlossen. Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine unterliegt mit ihrer Produktion innerhalb ihres genossenschaftlichen Absatzgebietes keinerlei Einschränkungen. Die 26 Unternehmungen sind die folgenden:

1. Deutsche Zündholzfabriken Akt.-Ges. in Hamburg (Trauf);
2. Norddeutsche Zündholz-Ziftgenossenschaft in Berlin (Trauf);
3. Süddeutsche Zündholz-Akt.-Ges. in München (Trauf);
4. Bauer und Schönbauer Akt.-Ges., Schnelllingen bei Haslach in Baden;
5. Chr. Büttel Zündholzfabrik G. m. b. H., Pfungstadt in Hessen;
6. von Deylen und Söhne G. m. b. H., Visselsboede in Hamt;
7. Zündholz- u. Wachsleibfabrik Brüder Dögel A.-G., Meckesheim in Baden;
8. Habelschwerdters Zündwarenfabrik Carl Gröbel G. m. b. H., Habelschwerdt in Schlesien;
9. Industriewerke G. v. Hammer G. m. b. H., Rosenheim in Bayern;
10. Joh. Kahlöcher Akt.-Ges. in Liquidation, Grafenwiesen in Bayern;
11. J. Kadenborff, Allenheim in Ostpreußen;
12. Südf. Zündholzfabrik Carl Meyer, Oiberrhein in Sa.;
13. Starke & Co., Meile in Hannover;
14. Robert Schuster G. m. b. H., Oiberrhein in Sa.;
15. Joh. Wüller, Groß-Ostheim bei Alsfeld; und
16. Weßmüller Zündholzfabrik, Comm.-Ges., Altkirchen i. Westfalen;
17. Zündholzfabrik Albersweiler Benedikt, Haupt & Co., Albersweiler i. Pölz;
18. Mag. Heumann, Zündholzfabrik, Krempelheide i. Holst.;
19. Joh. Salm & Co., Hildorf a. Rh.;
20. J. M. Egen, Hildorf a. Rh.;
21. Julius Kuch, Pottsdorf in Schles.;

22. A. Joersche, Reichenstein;
23. Negroth-Synen, Alt.-Gf., Mülchshadt i. Odenwald;
24. H. Hoffenzahl Sohn, Pfungstadt in Hessen;
25. Robert Langbein, Altes a. Elbe;
26. Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg.

Zweitens wurde eine Deutsche Gündholzvertriebs-A.-G. gegründet. Dieses Unternehmen übernimmt fortlaufend die Produktion der Mitglieder des Gündholz-Syndikates in den festgelegten Anteilen (Quoten). Die Vertriebs-A.-G. ist also ein Verkaufsunternehmen. Das Aktienkapital in Höhe von einer Million Mark dieser Vertriebs-A.-G. befindet sich zur Hälfte in den Händen des schwedischen Trups, zur anderen Hälfte bei den deutschen Fabrikanten einschließend der Großverkaufsgesellschaft.

## Zur Zeitgeschichte

### Zur Lage in China.

Im Vordergrunde der Ereignisse stehen nach wie vor das Ringen der Kantonten um die Oberherrschaft in China und das Ringen Englands um seine Marktherrschaft und sein Prestige. In ihrem Kampf gegen den Norden haben die Cantonese letzten wieder einen großen militärischen Erfolg erzielt: Sie schlugen den General Sun-Chang-fang und Johann auch den zum Erstz herangewählten Gouverneur von Schantung Chang-Tung-Chang, eroberten Nanjing und Shanghai und brachten damit auch den östlichen Teil des Jangtsestales in ihre Hand. Ihr Einflußgebiet erstreckt sich namentlich auch auf den größten Teil der Provinzen Anhui und Kiangsu und dürfte namentlich wohl zwei Drittel der Bevölkerung Chinas umfassen. Chang-Tung-Chang zieht sich längs der Tientsin-Peking-Bahn nach dem Norden zurück und hat sein Hauptquartier jetzt in Hsü-Chow-fu in Nord-Kiangsu. Auch den Engländern gegenüber haben die Cantonese mit den Abkommen, durch die die Verhältnisse der englischen Niederlassungen in Hankau und Kiangnan neu geregelt werden, einen beachtenswerten Erfolg erzielt. In dem Abkommen über die Niederlassung in Hankau ist bestimmt, daß die Verwaltungsbefugnisse drei chinesische und drei englische Mitglieder und außerdem einen chinesischen Vorstehenden haben soll, so daß also der Körperchaft eine chinesische Mehrheit gesichert ist.

Somit ist damit die innere Entwicklung der Kantontenpartei in ein in Hankau abgehaltener Parteikongreß der Kuomintang, auf dem der Gegenfall zwischen dem linken kommunistischen Flügel und dem rechten gemäßigten scharf hervortrat. Die wichtigsten Ergebnisse des Kongresses sind eine Reorganisation der nationalen Regierung und die Rückberufung des im vorigen Jahre ausgeschalteten, reichlich linksgerichteten Wang-Ching-wei in die leitende Stellung. Die Reorganisation bedeutet eine Stärkung des Einflusses des Exekutivkomitees auf Kosten des bis dahin allmächtigen Oberbefehlshabers Chiang-Kai-Shek, der durch einen von dem Exekutivkomitee zu ernennenden Kriegsrat sogar in seiner militärischen Betätigung beschränkt wurde. Sie bedeutet als Ganzes genommen einen Rück nach links, wenn auch Wang-Ching-wei und der Vorstehende der kommunistischen Partei in einem Manifest ausdrücklich erklärt haben, daß China eine alle Klassen umfassende demokratische Regierung brauche, und daß die Herrschaft des Proletariats in China vorläufig nicht durchgeführt werden könne. Die wichtigsten Personen der gemäßigten Richtung sind Chiang-Kai-Shek, der in Schanghai weisende Oberbefehlshaber, und wohl auch der Außenminister Chen-Yu-Jen (Eugen Shen) in Hankau. Ob der Gegenfall der zwei Richtungen sich wird überbrücken lassen oder sich verschärfen wird, bleibt abzuwarten.

Von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge ist die Politik, die England einschlagen wird. Obwohl die englische Regierung immer und immer wieder betont hat, daß sie an der in ihrem Memorandum vom 18. Dezember 1926 proklamierten Versöhnungspolitik festhalten werde und dem Abbau der Vorrechte der Ausländer grundsätzlich zustimme, so hat die Entsendung von etwa 20 000 Soldaten nach Schanghai und die tatsächliche Umwandlung der dortigen internationalen Niederlassung in einen befestigten Platz das Mißtrauen und den Unwillen aller chinesischen Kreise erregt. Derpakt wurde die Mißstimmung auf beiden Seiten durch die Ausschreitungen chinesischer Soldaten bei der Einnahme Nanjings und das Zusammenstoß damit stehende Bombardement Nanjings durch englische und amerikanische Kriegsschiffe. Einige Engländer, Amerikaner und Franzosen und eine Anzahl Chinesen fanden dabei ihren Tod, auslaßliches Eigentum, namentlich amerikanisches, wurde geschädigt. Die Schuld liegt nach Ansicht der Engländer und Amerikaner auf Seiten der einrückenden Kantontuppen, nach Ansicht der Kantontregierung auf Seiten der abziehenden Nordtruppen. Der Versuch der englischen Regierung, Amerika, Japan und Frankreich zu einem gemeinsamen Schritt gegen China zu veranlassen, scheint mißlungen

Drittens wurde eine Gündholzaktien-Verwaltungs-G.-m. b. H. gegründet. In ihr sind jene 300 000 Mark Aktien der Deutschen Gündholz-Vertriebs-A.-G. festgelegt, die, wie eben erwähnt, sich in den Händen der deutschen Fabrikanten befinden. Damit soll erreicht werden, daß der Schwedentrupp nicht etwa einzelnen deutschen Fabrikanten deren Aktien der Gündholz-Vertriebs-A.-G. abkauft.

Viertens soll ein Sperrgesetz erlassen werden, das die Gründung neuer Gündholzfabriken verbietet und dem Reichswirtschaftsministerium eine Preiskontrolle zugestimmt.

Der Entwurf dieses Sperrgesetzes steht jetzt im Reichstage zur Diskussion.

Beachtlich ist, daß zur gleichen Zeit die Monopolverhandlungen des Schwedentrups mit der französischen Regierung in der Deputiertenkammer ebenfalls zu Erörterungen geführt haben.

zu sein. Besonders Proteste der einzelnen Mächte dürften bevorstehen. Amerika und Japan wollen anscheinend durch weitgehendes Nachgeben weiteren Konflikten aus dem Wege gehen; noch weiter abwärts liegt Frankreich, das seiner indochinesischen Kolonie wegen an der Pakt fehlte, sich in den chinesischen Konflikt nicht einzumischen. Auch England scheint mißgunst zu sein, die Lage nicht durch übertriebene Forderungen zu verschärfen. Dennoch hat sich in der chinesischen Atmosphäre forciert Rüstung angebahnt, daß — insbesondere infolge des englisch-russischen Gegenfalls — der weiteren Entwicklung nicht ohne Beforgnis entgegengesehen werden kann.

In letzter Stunde kommen Nachrichten von einer Niederlage der Kantonten und von Vorjörhen der Nordarmee. Beachtenswert ist auch die Erklärung des russischen Volkskommissars Rykow auf dem soeben eröffneten Moskauer allrussischen Kongreß, daß Rußland die Übergabe gegen seine Peking Vertretung als Abdruck der diplomatischen Beziehungen einschlägt. Symptome, die eine Verschärfung der Lage erkennen lassen, vielleicht auch ein neues Vorjörhen Englands.

### Albanien, Italien und Ungarn.

Albanien ist schon wiederholt der Ausgangspunkt internationaler Konflikte gewesen. Seine geographische Lage und sein Status als ein in der Welt politisch isoliertes Land haben die Gefahr der machtpolitischen Manipulationen seiner Nachbarn zu sein. Die Herrschaft ist im Laufe der Jahre häufiger, bsp. vom Gluck, oder besser gesagt von seinen Schutzherrn mehr begünstigt und unterstützt worden. Im Jahre 1924 wurde der jetzige Diktator Ahmed Zogu von Jan Noli gestürzt und floh nach Jugoslawien. Hier lebte er in Anlehnung bei Belgrad als Emigrant, sicherlich nicht untätig seine Rüstung nach Albanien vorzubereiten. Im Jahre 1926 gelang es ihm dann, seinen Albanen zu vertreiben und dessen Erde anzutreten. Es ist bei den sehr engen Beziehungen Ahmed Zogus zu Belgrad wohl anzunehmen, daß seine Rüstung nicht ohne Wissen der Jugoslawen erfolgte. Über die Untertanen nahm, bald nachdem er zur Herrschaft gelangt war, eine außerpolitische Umorientierung vor und suchte an Italien Anlehnung, bsp. er gab den italienischen Verbänden nach. Vielleicht hat er geglaubt, daß dieser Geomacht größere Garantien für seine Macht zu finden als bei Jugoslawien. Jedemfalls werden aber die Italiener durch ihren neuen Freund sehr genau über die albanischen Absichten der Jugoslawen unterrichtet worden sein. Über die Italiener scheinen diesem neuen Freunde auch nicht ganz getraut zu haben. Ihre Dorsorge ging so weit, daß sie 1926 den sogenannten Tirana-Vertrag (am 27. Nov. 1926) abschlossen, in dem die beiden Staaten sich den Status quo in Albanien garantierten, was bei den Kräfteverhältnissen der beiden Partner wohl heißt, daß Italien ein förmliches Protektorat über Albanien übernimmt. Dieser Vertrag hat in der politischen Welt große Überraschung hervorgerufen und ist Gegenstand vielfacher Kritik gewesen. In Jugoslawien selbst hat er eine starke Beunruhigung ausgelöst, weil man dort der Ansicht ist, daß Italien sich namentlich unter dem Schutz des Tirana-Vertrages in Albanien eine Position schaffen könne, die es nicht nur zum unbefristeten Herrscher der Adria macht, sondern ihm auch die Möglichkeit gibt, die Balkanpolitik entscheidend mitzubestimmen. Der Tirana-Vertrag gab aber auch den sicherlich nicht geringen Gegnern Ahmed Zogus die willkommenste Gelegenheit, gegen dessen Herrschaft aufzumachen. Das Frühjahr bedeutet ja für die Herrschaft Ahmeds albanischer Diktators mehr oder weniger eine Krisenzeit. So maoes sich auch in diesem Jahre eine bedrohliche Stimmung gegen Ahmed Zogu bemerkbar. Die Reiben der in Jugoslawien lebenden Emigranten vermehren sich von Tag zu Tag, und es scheint, als ob die Herrschaft Ahmed Zogus ernstlich bedrohten. Nun trat der Tirana-Vertrag zum erstenmal in Wirklichkeit. Italien hat die Erfolge seiner bisherigen albanischen Politik gefährdet, wenn Ahmed

Zug geführt werden sollte. Ein Regierungswechsel bedeutete also in diesem Fall nicht mehr den sich fast jährlich abwechselnden innerpolitischen Kampf in Albanien, sondern es wurde durch das politische Interesse zu einem großen politischen Problem von internationaler Bedeutung. Fast wie aus heltem Himmel erfolgten dann die bekannten Vorlesungen der italienischen Botschafter bei den Großmächten, die auf die angeblichen jugoslawischen Rüstungen an der albanischen Grenze aufmerksam machten und in sehr deklamatorischer Form erklärten, daß Italien eine Änderung des Status quo in Albanien unter keinen Umständen dulden werde. Die Großmächte haben sich dann der Sache angenommen und versucht, die aufgeregten Geister wieder zu beruhigen und eine friedliche Beilegung des Konflikts herbeizuführen. Nach langwierigen Verhandlungen ist es insbesondere der englischen Diplomatie gelungen, sowohl Belgien als auch Rom zu bewegen, sich in direkten Verhandlungen über die Regelung der aufgeregten Fragen bereitzufinden. Während dieser Verhandlungen soll eine Enquete-Kommission, aus je einem Mitglied der englischen, französischen und deutschen Gesandtschaft in Belgrad bestehend, unter der Leitung der betreffenden Gesandten darüber wachen, daß wenigstens während dieser Zeit keine neuen Zwischenfälle entstehen, bzw. etwaige Zwischenfälle möglichst bald wieder bereinigt werden. Im Mittelpunkt der direkten Verhandlungen werden zweifellos der Vertrag von Tirana und die Nettuno-Konventionen stehen, indem von jugoslawischer Seite die Abänderung des ersten gefordert werden wird, während die Italiener wahrscheinlich auf der Ratifizierung der Nettuno-Räder bestehen werden. Der Erfolg der Verhandlungen ist natürlich nicht abzusehen. Es dürfte dabei, wie bei allen solchen Verhandlungen, ein saures Kompromiß herauskommen, ohne daß die Ursachen des Konflikts endgültig beseitigt würden. Jedenfalls dürfte es vorläufig zu keiner kriegerischen Verwicklung kommen; schon deshalb nicht, weil England unter den jetzigen Verhältnissen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln das verhindern wird.

Inzwischen verfolgt aber Italien seine Politik mit Entschlossenheit und Festigkeit weiter. So hat es vor einigen Tagen mit Ungarn einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen, der sich im wesentlichen allerdings nicht von ähnlichen Verträgen unterscheidet, dem aber durch die anlässlich der Unterscheidung der Verträge gewechselten Reden zwischen Mussolini und Becken eine über das sonst übliche Maß hinausgehende Bedeutung zukommt. Die Tendenz dieses Vertrages liegt ja in der bisherigen Richtung der italienischen Politik, die alle Mittel anwendet, um die kleine Entente zu sprengen. Ob allerdings dieser Versuch nicht gerade zum gegenteiligen Erfolge führt, wie man ja gewissen Anzeichen auch der rumänischen Presse entnehmen kann, bleibt noch abzuwarten. Für Ungarn bedeutet der Vertrag zweifellos einen großen außenpolitischen Erfolg, denn es ist das erstmalig, daß Ungarn aus seiner Isolation heraustritt und bei einer Großmacht eine nicht geringe politische Unterstützung findet. Der jugoslawisch-italienische Konflikt hat mit besonderer Schärfe die großen Fragen beleuchtet, die zur Zeit im Südosten Europas auf der Tagesordnung stehen. Er ist nur ein Glied in der politischen Entwicklung, die im großen und ganzen für den Frieden Europas nicht sehr verheißungsvoll ist. Wenn man nach den Ursachen dieser unersinnlichen Entwicklung forscht, so kommt man immer wieder zu der Erkenntnis, daß eben die sogenannten Friedensverträge, statt Probleme zu lösen, überall neue Probleme geschaffen haben.

## Vom Stand der deutschen Kraftfahrzeugindustrie.

Wie sind gemeint, die Entwicklung eines deutschen Gewerbezweiges und den Grad seiner Produktivität an dem Vorkriegsstand zu messen. Das tun wir beispielsweise bei der landwirtschaftlichen Produktion: bei den Ernten, dem Viehbestand, bei der Kohlenproduktion, der Eisen- und Stahlerzeugung usw. Bei der Kraftfahrzeugindustrie liegen die Dinge anders. Hier können wir nicht, wie auf anderen Gebieten, die Verhältnisse der Vorkriegszeit als Normalmaßstab heranziehen. Bei diesem Industriezweig hat ein neuer Aufbau eingesetzt, auf einer zwar vorhandenen, aber verhältnismäßig schmalen Basis, die erst nach dem Kriege wesentlich vergrößert wurde. Die im Jahre 1925 zum erstenmal wieder aufgenommenen Produktionshebungen gewähren einen Überblick auch über die Produktion von Automobilen und anderen Kraftfahrzeugen in Deutschland. Die trockenen Zahlen der Statistik geben gerade auf diesem Gebiet Aufschluß über eine sehr interessante Entwicklung. Sie zeigen uns den Aufstieg der deutschen Kraftfahrzeugindustrie, der um so bedeutsamer ist, als er sich allen wirtschaftlichen Hemmnissen der Nachkriegszeit zum Trotz durchgesetzt hat. Zwar bleibt unsere Kraftfahrzeugindustrie im Tempo und Ausmaß der Entwicklung noch wesentlich hinter einem Teil der ausländischen Konkurrenz, insbesondere der amerikanischen, zurück. Im ganzen aber sehen wir einen bemerkenswerten Fortschritt, der sich in einer besonders charakteristischen Zahlen auf der Produktionsseite ausdrückt.

Wir können also dem tatsächlichen Stand der Dinge nahe, wenn wir, unter Zugrundelegung der wichtigsten ziffernmäßig festgelegten

Tatsachen, von einer gegenüber dem Vorkriegsstand beinahe vervierfachen Produktion von Kraftfahrzeugen sprechen.

Von Interesse ist auch, welche Verhältnisse der Absatz von Kraftfahrzeugen erfahren hat. Vor dem Kriege spielte der Export eine wesentliche Rolle: nicht weniger als etwa 32 v. H. der gesamten deutschen Produktion gingen ins Ausland. Der Anteil der Ausfuhr am Absatz ist 1925 auf etwa 5 v. H. gesunken. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie hat eben auf dem Weltmarkt noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Heute nimmt der inländische Konsum fast ausschließlich die Erzeugnisse der deutschen

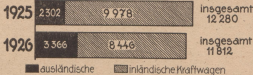
## Vom Aufschwung der deutschen Kraftfahrzeugindustrie



Kraftfahrzeugindustrie auf, und zwar richten sich seine Wünsche, ein Symptom für die veränderte wirtschaftliche Lage, vornehmlich auf kleine Kraftwagen, die sich immer mehr bei uns eingebürgert haben (von 39 000 im Jahre 1925 erzeugten Personenumwagen hatten 22 400 bis zu 6 P.). Auch das „Auto des kleinen Mannes“, das Motorrad, gibt in seiner Entwicklung und der Richtung des Absatzes Aufschluß über die veränderte wirtschaftliche Lage: im letzten Vorkriegsjahr wurden etwa 3000 Motorräder hergestellt, wovon etwa 60 v. H. ins Ausland gingen; heute werden annähernd 50 000 Motorräder im Jahr verkauft, von denen nur 2 v. H. ins Ausland gehen.

## Wachsender Anteil ausländischer Kraftwagen in Berlin

Zulassung von Automobilen 1925 und 1926



Aber der deutsche Konsum begnügt sich nicht mit den Kraftfahrzeugen, die ihm die heimische Produktion liefert. Der Anteil des Auslandes an der Versorgung Deutschlands ist auch auf diesem Gebiet vom Jahr zu Jahr gestiegen. Ingesamt hat Deutschland im Jahre 1926 für annähernd 52 Millionen RM. mehr Wagen eingeführt als a. u. s. geführt. Symptomatisch für die Beliebtheit des deutschen Käufers für ausländische Erzeugnisse des Automobilbaues sind die Verhältnisse in der Reichspräsidenten. Besondere bedürfen dauernd in Deutschland benutzte ausländische Kraftwagen, ebenso wie die inländischen, einer besonderen Zulassung, die in Berlin durch das Kraftverkehrsamt des Polizeipräsidiums erteilt

wird. Die Feststellungen dieses Kraftverkehrsamtes ergeben für die beiden Jahre 1925 und 1926 das vorhersehende sehr auffallende Bild.

Was ergibt sich aus diesem Bild? Die Zulassung von in- und ausländischen Kraftwagen zusammen hat im Jahre 1926 nicht zugenommen; im Gegenteil, sie hat sich etwas verringert. Im Gegensatz dazu ist der Anteil ausländischer Automobile von 1925 auf 1926



Ostpreuß. Landschaft

Prof. Arthur Digner

erheblich gestiegen. Betrug der Prozentsatz neuangemeldeter und zugelassener Wagen ausländischer Herkunft im Jahre 1925 : 18,7 v. H., so ist er im Jahre 1926 auf 28,5 v. H. gestiegen. Die amerikanischen Wagen haben den härtesten Anteil daran, in zweiter Reihe folgen Automobile italienischer, in dritter Kraftwagen französischer Herkunft. Darunter befinden sich zum großen Teil ausgesprochene Luxuswagen. Wir sehen: die weitere Entwicklung der wichtigen Industrie der Kraftfahrzeuge hängt zum nicht geringen Teil auch von dem Verhalten der deutschen Devisenbraucher ab.

## Der Wiederaufstieg der Ruhrindustrie.

Der deutsche Steinkohlenbergbau verzeichnet für 1926 eine Förderung von 144,4 Millionen Tonnen. Vor dem Kriege war die Ziffer für das ganze Reich zwar 190 Millionen Tonnen, doch ist sie entsprechend der Verengung der Reichsgrenzen auf 140 Millionen Tonnen zu ermäßigen, wenn man sie mit der heutigen Produktionsziffer vergleichen will. Der Aufschwung unserer Kohlenindustrie im letzten Jahre zeigt sich aber noch stärker in den Zahlen der durchschnittlichen monatlichen Förderung. In tausend Tonnen ausgedrückt zeigt sie sich folgendermaßen:

	Steinkohle	Koks	Braunkohle	Braunkohlenbriketts
1925	11 061	2 234	11 649	2 803
1926 1. Halbjahr	12 114	2 188	11 656	2 863
1926 2. Halbjahr	13 269	2 353	12 257	3 002

Der Absatz war der gesteigerten Produktion nicht nur angepaßt, sondern ermöglichte eine bedeutende Verringerung der Haldebestände. Im April vorigen Jahres lagerten 3,4 Millionen Tonnen Kohle bei den Seehäfen, im Dezember nur noch 636 000 Tonnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Verbrauch im Jahre zurückging von 12,5 Millionen Tonnen monatlich vor dem Kriege auf 10,9 Millionen Tonnen monatlich im Jahre 1926. Es wurden also ganz erhebliche Mengen Kohle für die Ausfuhr frei, und die Wirkungen des englischen Kohlenpreises ermöglichen sogar einen Absatz zu guten Preisen. Die deutsch-englische Kohlenbilanz des letzten Jahres ist deshalb ebenso erfreulich für uns, wie unerfreulich für unseren Handelspartner.

Von der Kohle aus setzte sich die Produktionssteigerung zum Roh Eisen fort. Obwohl im August 1926 84 Hochöfen in Betrieb gegenüber 96 im September 1925, wurden doch 850 000 Tonnen Roheisen erzeugt gegenüber 735 000 Tonnen im Vergleichsmonat des Vorjahres. Das bedeutet, daß die Erzeugung pro Hochofen von 7000 Tonnen auf 10 100 gesteigert worden war bei einer Verminderung der Arbeiterkraft von 21 000 auf 17 000. Der Produktionseffekt pro Arbeiter und Tag liegt nun bei 1,17 Tonnen auf 1,6 Tonnen. So kommt es, daß die deutsche Roheisen-

produktion einen Vergleich mit den übrigen Eisenindustrielländern ausfallen kann. Zwar bleiben wir noch immer zurück hinter der Hochleistung der Vereinigten Staaten, aber wir haben wenigstens mit unseren Konkurrenten jenseits des Wassers in der Produktionssteigerung gleichen Schritt gehalten. Es erzeugten monatlich pro Hochofen in 1000 Tonnen:

Jahr	Deutschland	Frankreich	Belgien	England	U. S. A.
	jetziges Reichsgebiet				
1913	45	—	38	26	—
1920	39	—	35	30	—
1921	44	—	30	Streif	129
1922	48	45	39	35	128
1924	48	48	50	34	130
Sept. 1925	76	49	51	35	138
Aug. 1926	101	52	56	Streif	152

Die Steigerung der Eisenpreise brachte Deutschland, das in der internationalen Rohstoffgemeinschaft weit über seine Quote hinaus zu produzieren und abzugeben in der Lage war, die Zahlung von 4 Dollar pro Tonne Mehrerzeugung an die Ausgleichsstoffe der Rohstoffgemeinschaft. Im Vergleich mit der französischen Produktion zeigt sich unsere Mehrerzeugung in diesen Zahlen:

	Produktion 4. Vierteljahr 1924 in 1000 t	Vierteljahresanteil im Mittel in 1000 t	Mehr- oder Mindereproduktion in 1000 t
Deutschland	3 736	3 161	45 176
Frankreich	2 197	2 283	31 161
			575 + 86 —

Seider hat sich die Rationalisierung noch nicht in demselben Maße allmählich ausgewirkt, wie die Eisenindustrie. Die Industrie, die vom Rande des Ruhrgebietes aus der Entwicklung an der Ruhr zuseh, aber selbst nicht daran teilnahm. Im Gegenteil, die Eisen- und Stahlwarenindustrie in Berg und Mark — Remscheid, Solingen, Krefeld, Hagen, Hamm, Dortmund — mußte sich bei gedrücktten Preisen und bei hohen Rohstoffkosten mit Aufträgen zufrieden geben, die sich im wesentlichen auf Reparaturen oder den vorrätigen Ersatz kleiner Bestände beschränkten. Infolgedessen hat dieser Bezirk noch bis in die letzte Zeit mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Es kann nicht energisch genug darauf hingewiesen werden, daß in der Kleinindustrie noch Erhebliches zu tun ist, die auch von einer Gefährdung gesprochen werden kann. Bei der großen Bedeutung, die die Kleinindustrie in unserer Außenbilanz hat, ist die Konsolidierung der vielen Klein- und Mittelbetriebe am oberen Rand der Ruhr, an der Elbe und an der Wupper eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung für die allernächste Zeit.

Dr. Hugo Buschmann

## Kunst in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen sind viele alte Köpfe gekommen. Kant, Hamann, Hippel und E. T. L. Hoffmann. Kritische und zugleich mythische Köpfe. Aber auch behäbige Erzähler, breit wie das ost-



Dorf am Morgen

Edvard Bischoff

preussische Land, sind dort gemacht: Bogumil Goltz, der Erfinder seiner Königsberger Kindheit, Ernst Wichert, der aus den Kriminalromanen der Heimat tragische Filme macht, Hermann Sudermann,



des „Frau Sorge“ zu den großen deutschen Romanen gehört. Auch bildende Künstler hat Ostpreußen dem Deutschthum gegeben. Aus jedem künstlerisch, den *Koris Corinth* im gigantischen Werk seines entwicklungsfähigen Lebens gemacht hat, spricht die robuste Gesundheit, die Fleischlichkeit, aber auch die behäbige Vertrautheit des Ostpreußen. Käthe Kolling, deren künstlerische Seele erst durch das Elend der Großstadt Berlin zum vollen Klang kam, verleugnet nie die gedankenbewegte Schwermüdigkeit des einjamen Ostens.

Es war ein guter Gedanke, daß die Deutsche Kunstgemeinschaft, die sich demüthigt, Freunde der Kunst aus Verwundern zu Käufern zu machen, den Ostpreußen eine Sonderveranstaltung gewidmet hat. In den charakteristischen Räumen des Berliner Schlosses, in den Gemälden des zweiten Hofes, sind Dokumente ostpreußischen Lebens zu sehen. Darunter so treffliche Erzeugnisse der Landschaft, wie Arthur Degner und der verdorbene Waldemar Rösler. Sie geben das schwere flüchtige sein der Heimat, die dünne, das magere Gras, das dünne, vom Meerwind getriebene Grün. Sie geben fliegende Wolken und Sturm. Anders ist Eduard Bischoff, dessen Augen die Ungelenktheit des städtischen Dorfes, das Beieinander von Mensch und Vieh zu sehen wissen. Zu den Meistern der ostpreußischen Graphik gehört der Königsberger Professor Heinrich Wolff, von dem mit Recht zahlreiche Blätter in dieser Ausstellung zu sehen sind. Scharf in der Erfassung des Wesentlichen, gesund im Handwerk und von trostlicher Verlossenheit im Gemüth. So gestaltet er die Landschaft und ihre Menschen.

**Aus: Karl Rosenkranz, Königsberger Skizzen (1842).**

Das Journal ist eine jener Erfindungen, die man oft verwünscht und doch nicht entbehren kann. Man verachtet sie, man schimpft darauf, aber man buhlet, man pflegt sie. Königsberg ist auf dem Wege, immer mehr Journale zu bekommen und, wenn dies ein Zeichen des Fortschritts sein kann, so muß man in der That an seine Progreßfähigkeit glauben. Es existieren zuvörderst mehrere Journalvereine. In den hiesigen Konditoreien werden ferner alle legendenommirten deutschen Journale gehalten, selbst Quartalshefte, wie die *Cotta'sche Vierteljahrsschrift*, die theologischen Studien und Kritiken von Umbreit und Wilmann, und man ist ein Primaner zum Konditor geht, so will er dort nicht Kuchens, Schokolade, Eis, Baisers naschen, beistellt — er will Journale lesen, vielleicht sogar das Gedicht, die Theaterkritik, die er selbst für das Wochenblatt geschrieben. Königsberg produziert nämlich selbst Journale. Die Zeitung reicht einmal für die Neugier und Mittheilungslust nicht aus; die Gesellschaft hat noch viel außer dem Notwendigen auf dem Herzen, daß sie ein Organ dafür haben muß. Jede mittlere Stadt deutens hat die Journal; Dargitz sein „Dampfbott“, welches den deutschen Unterhaltungsblättern nichts nachgibt, Memel sein „Echo“, Braunsberg sein „Kreisblatt“, Elbing seinen oft ausgezeichnet auf ausgefallenen „Anzeiger“ ujm. Königsberg hat in diesem Augenblick folgende Journale:

1. Die Hartung'sche Zeitung von Staats-, Kriegs-, Friedens- und gelehrten Sachen
2. Das Haberlandsche Wochenblatt,
3. Der Freimüthige
4. Das Provinzialkirchenblatt, welches in Quartalsheften herauskommt.
5. Das Provinzialblatt in monatlichen Hefen.
6. Das Königsberger Literaturblatt.

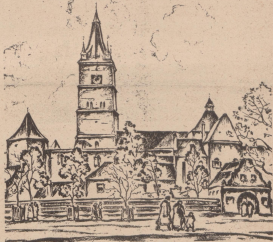
Ob ich die *Annalen* des landwirtschaftlichen Vereins von Kreyling hierher rechnen soll, weiß ich nicht.

Die Hartung'sche Zeitung enthält eigentlich vier Elemente. Zuerst gibt sie einen summarischen Bericht der wichtigsten Ereignisse im In- und Auslande. Dieser Bericht füllt normalmäßig die eine Hälfte des Bogens. Sechs solcher Bogen erscheinen die Woche hindurch. Bei außerordentlichen Gelegenheiten bringt ein Tag zuweilen eine Beilage. Die gegenwärtige politische Redaktion zeichnet sich durch unflüchtige Auswahl der Artikel und durch Selbstständigkeit aus. Sie bietet nicht bloß einen abgefügten Abdruck der Staatszeitung, sondern zieht die anderen deutschen Zeitungen zu Rate und deutet in Abtheilungen jedesmal ihre Stelle an, eine, Gott sei Dank, endlich bei uns fast allgemein gewordene Sitte. — Der zweite Abschnitt der Zeitung enthält den unterhaltenen Teil, zunächst ein Potpourri. Allerlei benamht, worin ungefähr daselbe vorkommt, was die Journale jetzt kleine *Cronik* nennen. Doch ist ein wesentlicher Unterschied unserer Zeitung, daß sie auch das Praktische nicht vergißt. Wer lernen will, wie man saure Gurken und zu wohlfeil einmacken, den Milzbrand heilen, die Haare schwarz färben, Wanzen, Ratten und Sommerprossen vertreiben, ein gutes Kartoffelfeld selbst fertilisieren, Apfel den Winter hindurch vor Fäulnis bewahren kann u.s.f., der lese diese infrafrische Feuilleton. Auch vergißt der gefällige Anordner dieser interessanten Notizen nicht, uns zuweilen zu sagen, welche Mode gerade in Paris herrscht, und die Schicksale auswärtiger Schauspieler und Schauspielerinnen kürzlich zu erzählen,

wahrscheinlich damit wir erfahren, warum sie nicht bei uns sind. In dies Maßstabgemälde schließen sich die Kritiken von Konzerten, Theater und Sehenswürdigkeiten, zuweilen auch von Bildern, welche im Durchschnitt von Ferdinand Raabe, der seinem unerhöflichen Urtheil mit derselben Leichtigkeit Künstler wie wilde Thiere unterwirft, mit derselben Leichtigkeit, meist von Gönnern der Verfasser. — Der dritte Abschnitt der Zeitung enthält die Personalien der Abchiedscomplimente, des Verlobens, Verheirathens, Gebührens und Sterbens und der vierte die Anzeigen, sowohl die obrigkeitlichen als die privaten.

## Die Sachsen in Siebenbürgen.

Sie sind nicht nur aus Sachsen dort eingewandert. Sie kamen vom Niederrhein, von der Mosel, aus Luxemburg. Es waren die Deutschen, die vor 800 Jahren vom ungarischen König jenes Land



Zeichnung von Rudolph Reimach  
Die Kirchenburg in Sibiu bei Kronstadt

geschenkt erhielten, das zwischen Orient und Occident eine kleine Siebenbürgen gab. Durchgangsland. Durchbruchland. Die eingewanderten Sachsen bekamen es bald zu spüren. Sie mußten kämpfen. Ihre Häuser wurden zu Burgen. Es gab Kirchenburgen



Das Rathaus in Kronstadt

Zeichnung von Rudolph Reimach

und Bauernburgen. Die Priester trugen Schrift und Schwert, die Bauern neben der Sense die Finte.

Das nordere Äften trieb seine Wellen über das Land der sieben und der zahlreichen Burgen dahin; aber die Deutschen bewachten Weisen und form der Heimat. Sie bauten ihre Dörfer in langgezogenen Reihen mit eingepengtem Markplatz; die Häuser behielten fränkischen Charakter, hobes Giebelhoch und behäbiges Gie. Auch die Sprache blieb erhalten. Bis auf den heutigen Tag. Aber daneben kam es zu mancher Mischung. Es kreuzte sich orientalische Phantasie mit der Phantasie deutscher Volkskunst. Das wirkte sich aus in den Gewerken, in der Kleidung, an den metallischen Geräten und den Keramiken für Küche und Feststiel. Ein sehr schönes Schwingen ist in

all diesem Gerät der siebenbürgener Deutschen. Das Gefühl von zwei Rassen, die Abstraktion des Orients und der gemittelte Naturalismus der deutschen Heimat. Selbst jenen der Anfang an nordische Formen, an Skandinavisches, Jinnisches. Die Wandersätze bedrängter Völker werden lebendig.

Von all dem konnte man mancherlei sehen in der Ausstellung für Siebenbürgische Volkskunst, die das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht gemeinsam mit dem Deutschen Kulturstamt in Rumänien veranstaltet hat. Die Ausstellung fand in Berlin statt und wird vielleicht auch anderswo gezeigt werden. Es ist gut, daß wir im Reich zuhause erfahren, wo überall in der Welt Deutsche leben und wie sie sich inmitten heftigen Unfalls die Heimat erhalten. Be.

## Bliss in die Bücher

Dr. W. Spielhagen und Dr. Arnd Jessen. Der Reichshaushalt 1927. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, 131 S. Preis 3 RM.

Anfang April ist der Reichshaushalt vom Reichstag in dritter Lesung angenommen worden, nachdem eine monatliche Erörterung in den verschiedenen Ausschüssen des Parlamentes vorangegangen war. Die Zeitungen brachten eingehende Berichte über alle Einzelheiten, aber es dürfte sehr fraglich sein, ob der Staatsbürger, der ja als Steuerzahler ganz erheblich am Spiel und Haben des Reichshaushalts interessiert ist, wirklich einen Überblick über das Gesamtgefüge des Etats besitzt. Selbst die Abgeordneten können entweder nur ganz allgemein oder ganz speziell über das gesamte Zahlengefüge orientiert sein. Es ist darum verdienstlich, wenn zwei kenntnisreiche Finanzwissenschaftler ein Werk vorlegen, das eine planvolle Durchsicht und Durchhebung des Reichshaushalts darstellt: nicht mit der Absicht der Kritik von irgendeinem Standpunkt aus, sondern sachlich mit dem Ziel aufzuheben, wie der Reichshaushalt 1927 zustande kam, von der Entstehung bis zur Genehmigung, der Inhalt, und zwar als Bruttoplan und als Nettoplan betrachtet. Auf Einzelheiten kann in diesem kurzen Hinweis nicht eingegangen werden. Aber das ist zusammenfassend über das Wesen zu sagen. Es zeigt zum ersten, beim ersten reizen es zum Studieren der fast unübersichtlichen, ungenügend verwerteten und schwerbar trockenen Materie. Wer sich darin vertieft, der findet hinter Zahlen, Plänen und Erklärungen ein Jahr vorgezeichnetes Schicksal unseres Volkes, dem jeder von uns mitverbunden ist. Und nicht nur die Verfasser, sondern alle staatspolitisch unterrichteten Leser legen sich am Schluß die bange Frage vor: „Werden uns die Kriegslasten nicht trotz alledem noch erdrücken?“

Der Berufsverbrecher. Ein Beitrag zur Strafrechtsreform. Von Dr. Robert Heindl, Wirtl. Legationsrat. Pan-Verlag Rolf Heise, Berlin 1927, 4. Auflage, 360 S., mit 238 Abbildungen, 27 RM.

Ein Kriminalwissenschaftler und Jurist, ein Soziologe und Nationalökonom, ein Psychologe und nicht zuletzt ein Schriftsteller von Temperament und Begabung in Personalunion hat an einem Werk mitgeteilt, das eine Enzyklopädie ganz besonderer Art darstellt. Würde sich der Verfasser darauf beschränkt haben, die professionelle Kriminalität in ihren verschiedenen Erscheinungsformen zu schildern, die Arbeit behauptete ihren Wert für einen begrenzten Kreis von Lesern. Interessanter aber fände man sich über hinaus. Letztlich aber zieht Heindl den gesamten Komplex aller Fragen in den Kreis der Betrachtung, die den materiellen und seelischen, den sozialökonomischen und bevölkerungspolitischen Hintergrund des Berufsverbrechertums bilden. Aus der Schilderung der wichtigsten internationalen Kriminalfälle der letzten Jahre formt sich ein Gesamtbild dieses düsteren Kapitels der Nachkriegszeit. Unter dem Berufsverbrecher versteht Heindl den Rechtsbrecher aus Anlage und unüberwindlicher Neigung — im Gegensatz zum Gelegenheitsverbrecher, der Straftaten aus Not, aus Rache oder aus andern Impulsen begeht —; den immer wieder rückfälligen Täter der Gesellschaftsordnung, den bedenkenlosen Angehörigen einer Unterschicht, die ausschließlich und konsequent vom Verbrechen lebt und lediglich ihre eigenen triiben und struppelosen Instinkte als Gesetz ihres Handelns gelten läßt. Das Schwergewicht des Werkes ruht aber nicht auf dieser sehr ins Detail gehenden Schilderung des Berufsverbrechertums, so auffallendreich und fesselnd wie an sich ist; das zentrale Problem der umfangreichen Arbeit ist vielmehr die Frage der zweckmäßigen Bekämpfung des Berufsverbrechertums. Und da kommt der Verfasser, geführt auf umfassende praktische Erfahrungen aus Kriminalität, vielfältigen kriminologischen Studien im Ausland, auf seinen Aufenthalt in französischen, indischen und australischen Strafkolonien, zu positiven Vorschlägen

und Anregungen, die für Deutschland erhöhte Aktualität beanspruchen zu einem Zeitpunkt, in dem die Strafrechtsreform sich immer deutlicher ankündigt. Rechtsphilosophie und in der Praxis der Rechtspflege ist seit langem die Frage umstritten, was mit den Berufsverbrechern heute, von denen die Gesellschaft gefährdet werden muß. Ob es genüge, sie, wenn sie nach dem Prinzip der Rechts- oder besser: Vergeltungsstrafe ihr jenseitiges Vergehen durch eine der Schwere der Straftat zugekommene Strafe gebührt haben, wieder in Freiheit zu setzen, um ihnen dadurch mit einer an Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit stets von neuem Gelegenheit zu geben, rückfällig zu werden. Oder ob nicht vielmehr das Sicherungsprinzip im dringenden Interesse der Allgemeinheit Anwendung finden müsse: der Grundhof seitlicher oder lebenslänglicher „Sicherungsverwahrung“ für alle jene Rechtsbrecher, deren Neigung sich erwiesen hat, immer wieder schwere kriminelle Abenteuern zu begehen. Für dieses Prinzip dauernder Internierung entscheidet sich höchst eindeutig und unter Beibringung eines umfangreichen Tatsachenmaterials der Verfasser. Die innere Berechtigung und die praktische Zweckmäßigkeit dieser und ähnlicher Forderungen sind, wie gesagt, nicht unbestritten. (Insbesondere für Deutschland, dem ganz spezielle und schwer lösbare Probleme aus dem Fehlen von Strafkolonien für die Unterbringung der Verbrecher erwachsen würden.) Ganz unbestreitbar aber ist das Verdienst des vorliegenden Werkes, das, glänzend geschrieben und mit einer Fülle von interessantem Material ausgestattet, einen höchst beachtlichen Beitrag zur Diskussion dieser Probleme darstellt und, darüber hinaus, die Aufmerksamkeit eines der buntesten Kapitel der Nachkriegsgeschichte aufweist: die Kenntnis des Mäcrons vermittelt, jener Schicht, die ihre ganze Existenz, unter Mißachtung der Rechte ihrer Mitmenschen und der Gerechtigkeit, auf nichts als den Rechtsbruch fundiert. Ho.

„Im Lande des Silberstroms“ (Argentinien, Land und Leute). Von W. Breuler. Verlag Moräne & Scheffelt, Berlin. 221 S. 4,75 RM.

Man merkt bald: kein wortgewandter Schriftsteller und Reiseführer, der über eine Studienreise in entlegene Länder berichtet, daß dieses kleine Buch geschrieben; ein Praktiker vielmehr, ein Mann mit ungleicher Feder, aber offenen Augen, der vor Jahrzehnten seine deutsche Heimat verlassen hat, um sich im Lande seiner Hoffnung, Argentinien, anzuknebeln, daß sich hingezog, um seine Erfahrungen konsultieren zu vermitteln, die ihren Bedürfnis sein mögen. Er, der Verfasser, hat in dieser zukunftsreichen Republik Silberstrom offenbar das Ziel seiner Wünsche erreicht. Aber er ist klar und vorsichtig abwägend genug, um den vielen anerkennen, die sich dort eine neue Existenz gewinnen und den Schritt ins Ungewisse tun wollen, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen mit aller Eindringlichkeit zu sagen: welche natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen sie prüfen vorfinden, wie Bodenbeschaffenheit, Klima, landwirtschaftliche und industrielle Verhältnisse gelagert sind, welche Anreizungen, und wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten gegeben sind, so daß aus den 220 schmalen Seiten dieses Büchleins das Land der Sehnsucht vieler Tausender von Deutschen in deutlichen Umrissen, mit allen Vorzügen, aber auch mit allen Schattenfalten erkennbar wird.

Lichtbild und Bildwerfer im Dienste des freien Bildungswesens. Von A. Schmidt. Herausgegeben von der Gesellschaft für Volksbildung, Berlin NW 40, Kneipenstraße 21. (16 S.)

In der Form einer knapp gefassten Flugschrift werden wertvolle praktische Anregungen für die zweckmäßige Auswahl und Zubereitung von Bildwerken gegeben, die den Gebrauch der Lichtbildprojektor mancher Winke für die Verbindung unserer Lichtbildapparate geben werden. Ihnen allen sei diese Flugschrift bestens empfohlen.

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

**WELTPOLITIK &  
WELTWIRTSCHAFT**

**IV. JAHRGANG 1927**

**DEUTSCHLANDS  
WELTPOLITISCHE  
MONATSSCHRIFT**

Probeheft Mk. 1.—

Einzelheft Mk. 2.50, Vierteljährlich Mk. 6.—,

**KURT VOWINCKEL VERLAG  
BERLIN-GRUNEWALD**

## Früherer Geschäftsführer

i. Westpr. Verein Groß-Berlin, Abstammungs-Organ, u. Sekr. i. Reichswehr-Ministerium, 31 J., verh., beste Umgel., erste, unbed. zuverläss., verantwortungsbew., schöpferisch-organisatorische Arbeitskraft, gut. Kenner des Grenzmarkenprobl. in seinen vielfach. kulturellen und ökonomischen Auswirkungen, der wirtschaftl. wie ideellen Fürsorge, der landwirtschaftl. u. industriellen Siedlung, umf. Erfahrung i. d. kaufm. wie verwaltungstechnischen Büropraxis, Diktatorkorrespond., selbst. Diktatmaschinenschreiber, volkswirtschaftlich u. jurist. vorgebild., bestens bewand. i. Kassen-, Steuer-, Hypotheken-, Grundstücksverwaltungswesen usw., sowie in der Leitung von Kuranstalten und Erholungsheimen,

sucht geeignete, auch einfache Position

in Verwaltung, Handel oder Industrie bei bescheidenen Ansprüchen. Kautions kann durch Grundschuldbriefe in größerer Höhe gestellt werden. Ernstl. Ref. Gefl. Zuschr. erbeten an Georg Rupprich, Neisse/Schles., Wilhelmstr. 18.

## Paneuropa- Verlag Wien / Leipzig

Die Paneuropa-Bewegung steht im Mittelpunkt der Tagesdiskussion. Wer sich authentisch informieren will, lese:

### *Paneuropa*

von R. N. Coudenhove-Kalergi

Ganzleinengeb. Mk. 6.—, ö. S. 10.—

Broschiert Mk. 4.—, ö. S. 6.50

Ungekürzte Volksausgabe

Mk. 1.00, ö. S. 3.—

### *Kampf um Paneuropa*

(I. oder II. Band)

Ganzleinengeb. Mk. 6.—, ö. S. 10.—

Broschiert Mk. 4.—, ö. S. 6.50

Zeitschrift

### *Paneuropa*

Offizielles Organ der Paneuropa-Bewegung. Jahresabonnement (10 Hefte) M. 5.—, ö. S. 8.50

+

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

**Paneuropa-  
Verlag  
Wien I, Hofburg**



# Einführung in die Politik

von **Dr. Wilhelm Ziegler**

Dieses Buch ist keineswegs eine nüchterne begriffliche Abhandlung, sondern eine lebendige und anschauliche Einführung in das tatsächliche praktische Leben und Weben der Politik und Gegenwart. Wie in seiner weitverbreiteten „Einführung in die Volkswirtschaft“ versteht es der Verfasser auch hier, die wissenschaftliche Klarheit und Systematik mit praktischer Anschaulichkeit und packender Darstellungsweise zu verbinden. Die zahlreichen ausgezeichneten Kartenskizzen und graphischen Darstellungen unterstützen und ergänzen den Text aufs glücklichste.

Das Buch scheint für jeden politisch Interessierten und im öffentlichen Leben Stehenden, insbesondere aber auch für Pädagogen und Volkserzieher, Partei- und Organisationsleiter schlechthin unentbehrlich

320 Seiten mit 46 Kartenbeigaben

broschiert 8 Rm. \* Halbleinen 10 Rm.

**Zentral-Verlag GmbH, Berlin W 35**  
Potsdamer Straße 41